Wolfgang Waldner

Ein kurzer Verriss der Volkswirtschaftslehre

Die Seite zum VWL-Schwindel aus meiner Homepage www.wolfgang-waldner.com

Wolfgang Waldner
Auf dem Bühl 98
87437 Kempten



Inhalt

Ein kurzer Verriss der Volkswirtschaftslehre

Zusammenfassung: Wirtschaftskrisen werden durch die Geldpolitik absichtlich verursacht. Es ist die einzige Aufgabe der VWL, dies zu leugnen und zu vernebeln und Dogmen zur Verschärfung von Krisen zu liefern. Krisen haben zwei Ziele, erstens die lohnabhängigen Arbeiter zu disziplinieren und die Löhne zu senken und die Sozialleistungen und Arbeiterrechte abzubauen, zweitens können die Insider der Geldpolitik mit ihren Informationen in jeder Krise gigantische Profite erzielen und weltbeherrschende Vermögen durch risikolose Spekulation gewinnen. Deswegen ist die Geldpolitik in der VWL (wie im Marxismus) kein Thema; die Professoren lehren Modelle, in denen Geld nur als Tauschmittel vorkommt (als Geldmenge mit Umlaufgeschwindigkeit); die Geschichte der Krisen darf nicht behandelt werden; alle Thesen werden durch zirkuläre Argumentation aus den Annahmen der Modelle abgeleitet; der mathematische Apparat soll wissenschaftliches Arbeiten vortäuschen und die zirkuläre Argumentation verbergen.

Der Sinn und Zweck von Wirtschaftskrisen

Absatzkrisen sind das einzige Mittel zur Senkung von Löhnen und Preisen. Die Wahrheit ist, dass Absatzkrisen von der Geldpolitik immer absichtlich herbeigeführt wurden, um durch Massenarbeitslosigkeit den Widerstand der lohnabhängigen Arbeiter gegen Lohnkürzung und Sozialabbau und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu brechen. Die Geldpolitik würgt dabei die Güternachfrage mit hohen Zinsen und restriktiver Kreditvergabe ab. Die sinkende Güternachfrage bewirkt Massenarbeitslosigkeit, und die Massenarbeitslosigkeit zusammen mit der Absatzkrise für Güter sorgen dann für sinkende Löhne und Preise. Eine expansive Geldpolitik kann Krisen wieder beenden.

Zur Zeit des Goldstandards, als die Notenbank zu einem festen Kurs Gold gegen ihre Banknoten herausgeben musste, wurden Krisen regelmäßig erzeugt, um eine boomende Konjunktur mit steigenden Preisen und Importen abzuwürgen, weil durch Importüberschüsse das Gold zu deren Bezahlung ins Ausland floss und so die Goldreserven der Zentralbank gefährdet wurden. Die Notenbanken lösten durch die Erhöhung ihrer Leitzinsen (verheerende) Krisen aus, die Firmen bankrottieren ließen und Millionen lohnabhängige Arbeiter ins Elend stürzten, aber dabei die Löhne und Preise herunter brachen, so dass es wieder zu Exportüberschüssen und damit steigenden Goldreserven kam. Ohne die gezielte Auslösung brutaler Absatzkrisen hätte der Goldstandard überhaupt nicht bestehen können. Absatzkrisen mit restriktiver Kreditpolitik zu inszenieren und durch expansive Kreditpolitik zu beenden, war seit über 200 Jahren die Grundlage der Zentralbankpolitik und die ganze Kunst der Notenbanker.

Die Weltwirtschaftskrise 1929-33 war eine seit 1918 geplante deflationäre Depression, um die Inflation seit 1914 zu korrigieren und den mit der Vollbeschäftigung der Kriegsjahre gewonnenen Lebensstandard der Arbeiter in den USA und GB zu zerstören. Dem Publikum und den Studenten der VWL wurde der Sinn und Zweck dieser Krisen selbstverständlich bis heute nicht verraten. Vor allem deshalb nicht, weil die Krisen noch für andere Zwecke missbraucht wurden, für die härtere Ausbeutung der Arbeiter und für lukrative Spekulationen an der Börse. Jedenfalls glaubt das Publikum noch immer, dass Wirtschaftskrisen ein ungelöstes großes Rätsel wären, während ein VWL-Professor es natürlich besser wissen und seinen Studenten zuverlässig und systematisch verheimlichen muss, um einen Lehrstuhl zu erhalten.

Lohnsenkung und Sozialabbau und höhere Profite für das Kapital

Die VWL ist für die Wirtschaftskrisen und deren Auswirkungen auf die betroffenen Menschen maßgeblich verantwortlich. Mit ihren Dogmen, dass die Ursache der Arbeitslosigkeit überhöhte Löhne und überzogene Sozialleistungen bei unzureichenden Profiten für das Kapital wären und ein Kapitalmangel die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen und bessere Löhne verhindere, hat die VWL jetzt über mehr als drei Jahrzehnte die Umverteilung von Arm nach Reich propagiert und möglich gemacht. Sinkende Massenkaufkraft, das Sparen bei Staatsausgaben und die von der VWL propagierte private Vorsorge haben Arbeitsplätze und Kapital durch Unterauslastung vernichtet und Investitionen behindert. Die VWL hat bis heute keine Einsicht gezeigt und lehrt weiter ihren alten Schwindel zur Verschärfung der Ausbeutung der Armen durch die Reichen.

VWL-Modelle mit angeblich neutralem Geld

Die nach den wirklichen Gründe der Wirtschaftskrisen fragenden Studenten werden von den VWL-Professoren aufgefordert, sich zuerst einmal mit den Grundlagen der Ökonomie vertraut zu machen, also den an der Uni gelehrten VWL-Modellbau zu studieren. Damit werden die Studenten genarrt, denn die Modelle sind ja eigens so erfunden, dass sie die monetäre Seite der Ökonomie und damit die geldpolitische Verursachung der Krisen gezielt ausblenden. Es sind Modelle mit "neutralem Geld".

Wirtschaftskrisen haben monetäre Ursachen. Um dies zu verschleiern, lehrt die VWL Modelle, in denen das Geld lediglich Tauschmittel ist, also nur Geldmenge mit Umlaufgeschwindigkeit. Dabei soll das Produkt von Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit keinen Einfluss auf die realen Größen der Ökonomie ausüben, sondern nur die Preise

beeinflussen. Die Neutralität des Geldes ist die Voraussetzung für ein allgemeines Gleichgewicht der Teilmärkte einer Ökonomie. In der Realität gibt es jedoch kein neutrales Geld und daher auch kein Gleichgewicht der Märkte. Die Preise werden nicht durch Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit gesteuert, sondern durch Boom und Krise, ausgelöst von der Geld- und Finanzpolitik.

Die Märkte streben nicht zu einem Gleichgewicht

Der VWL-Modellbau lehrt, dass die Märkte von selbst zu einem allgemeinen Gleichgewicht streben würden, in dem die Produktionsfaktoren optimal kombiniert wären und der Nutzen maximiert würde. Tatsächlich ist genau das Gegenteil der Fall: Die Teilmärkte einer Ökonomie streben nicht zu einem gemeinsamen Gleichgewicht, sondern durch die am Markt stattfindenden Anpassungsprozesse von einem für die Wirtschaft optimalen Zustand der Teilmärkte immer weiter weg. Die Ursache ist das Geld als Kredit, Schulden und Geldvermögen, wodurch es zu einer prozyklischen Wirkung der Marktkräfte kommt.

Sinkende Löhne und Preise verschärfen eine deflationäre Depression, also die Unterauslastung des Produktionspotentials mit Massenerwerbslosigkeit. Das Geldvermögen der Rentiers wird dabei immer wertvoller und eine Verschuldung immer drückender, wodurch sich die Depression vertieft. Die Deflation erhöht den Realzins und würgt daher die Kreditaufnahme zum Zweck von Konsum und Investition immer noch mehr ab. Umgekehrt treiben steigende Preise und Löhne eine inflationstreibende Überauslastung der Ökonomie immer weiter bis zum Zusammenbruch in der Hyperinflation. Eine Inflation senkt den Realzins noch tiefer und belohnt damit die Verschuldung. Eine reale Ökonomie mit echtem Geld strebt im Gegensatz zu den irreführenden VWL-Modellen nicht zu einem Gleichgewicht, sondern die Marktkräfte verschärfen jede Abweichung vom optimalen Pfad, bis die Geldpolitik gezielt dagegen steuert.

Die Geldpolitik muss die Märkte und damit die Konjunktur steuern

Die Geldpolitik muss bewusst eine optimale Auslastung der Ökonomie anstreben, indem sie gezielt gegen die das Ungleichgewicht verschärfenden Marktprozesse wirkt. Einen Boom sollte die Geldpolitik (wozu auch die Finanzpolitik zu zählen ist) also mit restriktiven Mitteln wie der Erhöhung der Leitzinsen und der Einschränkung der Staatsausgaben abwürgen, umgekehrt eine Rezession durch expansive Kreditpolitik und kreditfinanzierte Staatsausgaben beenden. Oft genug werden aber Boom und Krise absichtlich verschärft oder man erzählt dem Publikum in Krisen, dass die Märkte sich selbst überlassen zum Gleichgewicht kämen, weil es Profiteure der Krisen gibt.

Wirtschaftskrisen werden absichtlich inszeniert und können jederzeit durch die richtige Geldpolitik beendet werden. Das sollen Studenten und Publikum nicht ahnen. Daher lehrt die VWL konstruierte Modelle mit neutralem Geld, in denen die Märkte von selber zum Gleichgewicht streben, statt von einer geeigneten Geldpolitik immer gegen die Marktkräfte an einen optimalen Auslastungsgrad hingeführt werden zu müssen. Die VWL stellt dazu sämtliche realen Zusammenhänge auf den Kopf. Während in Wahrheit die Arbeitslosenzahlen durch Krisen plötzlich hochschnellen, ist in der VWL die Arbeitslosigkeit immer freiwillig, eine Folge überhöhter Lohnforderungen. Warum in der Realität vor der Krise die Beschäftigung bei hohen Löhnen hoch war und nach der Krise bei niedrigeren Löhnen mehr Menschen erwerbslos sind, ignoriert die VWL einfach. Realität und Wirtschaftsgeschichte sind kein Thema, es zählen nur die Trugschlüsse aus den konstruierten Modellen.

Meine Warnung vor einem VWL-Studium

Das schockierende Erlebnis von Wirtschaftskrisen, bankrottierenden Unternehmen und der Verelendung von Abermillionen lohnabhängiger Arbeiter und ihrer Familien wurde meist der Anlass für die Beschäftigung mit makroökonomischen Zusammenhängen. Die Aufgabe der Ökonomen war es daher seit David Ricardo und Jean Baptiste Say, allein schon die Möglichkeit von Absatzkrisen generell zu leugnen und vor allem die gezielte Verursachung der Krisen durch die Geldpolitik zu verbergen.

Wer ein Studium der Theologie beginnt, weiß, was ihn da erwartet, ein Student der VWL ahnt es in der Regel nicht. Er hat sich vielleicht gerade deshalb für das Studium der VWL entschieden, weil er ökonomische Zusammenhänge verstehen möchte. Aber die Studenten werden gezielt mit irreführenden Modellen indoktriniert, bei denen nicht nur die Annahmen und Voraussetzungen jeder Realität widersprechen, sondern auch alle weiteren Schlussfolgerungen eine Beleidigung der menschlichen Intelligenz sind. Nur wer das mitmachen will und vor sich vertreten kann, wird später ein für dieses System brauchbarer Ökonom und vielleicht sogar noch einmal auf einen Lehrstuhl berufen.

Am Ende dieses Essays über die Volkswirtschaftslehre sollen Sie kurz und knapp die ganzen Verwirrspiele und Trugschlüsse der VWL seit Ricardo und Say kennengelernt und durchschaut haben. Nehmen Sie sich die Zeit für die unterhaltsame Lektüre und ersparen Sie sich damit ein VWL-Studium.

Warum so komplizierte mathematische Formeln in der VWL?

Würden die Professoren ihre Lehren und deren Herleitung in klaren Worten vortragen, würden sie selbst von den dümmsten Studenten dafür auf der Stelle ausgelacht. Die Professoren umgehen dieses Problem, indem sie ihre Zirkelschlüsse in umständlichen Formeln verbergen, so dass die Studenten bis zur letzten Prüfung damit beschäftigt sind, die mathematische Darstellung überhaupt zu verstehen. Der Professor kann immer behaupten, die Annahmen des Modells und die zirkuläre Argumentation wären jetzt nicht das Thema, sondern die Berechnung der Kurve. Darum gibt es gegen die Modellbau-Dogmen der VWL keinen Aufstand der Studenten, solange die Professoren die Studenten mit unnötig komplizierten Formeln und der Diskussion von Kurven und Schnittpunkten von jedem grundsätzlichen makroökonomischen Gedanken abhalten können.

Die VWL-Professoren argumentieren mit einem Trick, vergleichbar dem Gaukler, der das Kaninchen aus dem Zylinder zaubert wie der Professor den Beweis aus dem Modell. Die VWL-Modelle mit ihren versteckten Annahmen und Voraussetzungen sind das Kaninchen im Zylinder, von dem mit äußerst schwierigen Berechnungen von Kurven und Schnittpunkten aus kompliziertesten mathematischen Formeln abgelenkt wird, bis die feierliche Präsentation des Kaninchens aus dem Zylinder erfolgt, also der ökonomische Trugschluss aus den Annahmen und Voraussetzungen des Modells. Die Professoren verbergen mit diesen ausgefeilten mathematischen Formeln ihre völlig lächerliche zirkuläre und tautologische Argumentation. Die makroökonomische These, die mit den Annahmen und Voraussetzungen des ökonomischen Modells schon vorgegeben war, soll den Studenten als Ergebnis hochwissenschaftlicher Berechnungen erscheinen.

Mancher Student der VWL wird nach der Abschlussprüfung für den Rest seines Lebens das Gefühl nicht mehr los, dass irgend etwas mit den Lehren seiner VWL-Professoren nicht gestimmt haben kann. Kaum einer wird zu dem für sich selbst vernichtenden Eingeständnis kommen wollen, dass er mit der ganzen ausgefeilten Mathematik seiner Studienjahre nur alberne Zirkelschlüsse im VWL-Modellbau produziert hat. Daher verbreitet sich die Erkenntnis des Schwindels nur schwer.

Keynes über Ricardo

> „Ricardo bietet uns die höchste geistige Leistung, unerreichbar für schwächere Geister, eine hypothetische Welt außerhalb der Wirklichkeit anzunehmen, als ob sie

die Welt der Wirklichkeit wäre, und dann beständig in ihr zu leben. Die meisten seiner Nachfolger konnten dem gesunden Menschenverstand nicht den Einbruch verwehren – unter Verletzung ihrer logischen Folgerichtigkeit."

(Keynes, Allgemeine Theorie, Berlin 1983, S. 161)

Tautologie und Zirkelschluss im VWL-Modellbau

Die VWL argumentiert nicht deshalb mit Modellen, weil ökonomische Zusammenhänge so kompliziert wären, sondern weil sich nur aus konstruierten Modellen die den herrschenden Interessen dienenden Behauptungen herleiten lassen. Tautologie und Zirkelschluss auf der Grundlage der Annahmen und Voraussetzungen dieser Modelle sind dabei die wesentlichen Argumentationsweisen der VWL-Professoren.

Die wichtigsten Annahmen und Voraussetzungen der Modelle betreffen das Geld. Geld soll angeblich neutral sein und keine Auswirkungen auf die realen ökonomischen Zusammenhänge haben. Der Geldschleier, so die VWL-Professoren, verberge die realen Zusammenhänge der Ökonomie. Wer dem Geld eine reale Wirkung auf die Wirtschaft unterstelle, erliege einer Geldillusion, verwechsle womöglich nominale und reale Größen.

Weil Wirtschaftskrisen monetäre Ursachen haben und die Leugnung der Verursachung dieser Krisen durch die Geldpolitik die wichtigste Aufgabe der Volkswirtschaftslehre ist, kommt in den Modellen der Ökonomen nur ein neutrales Geld als Tauschmittel vor. An den Wirtschaftskrisen könnten nur die Arbeitslosen schuld sein, die freiwillig erwerbslos bleiben, weil sie halt zu den vom Markt bestimmten Löhnen und sonstigen Bedingungen nicht arbeiten möchten, beweisen die Professoren mit ihren Modellen. Niedrigere Löhne und Sozialleistungen für die Arbeiter, höhere Profite für das Kapital und stabiles Geld für die Rentiers müssten durch die Wirtschaftspolitik durchgesetzt werden, so die bekannten Mietmäuler und Soldschreiber der Kapitalinteressen als Doktoren und Professoren und hochgeehrte Wirtschaftsweise jeden Tag in allen Massenmedien. Derartige wirtschaftspolitische Empfehlungen lassen sich mit Modellen ohne richtiges Geld ganz leicht und einwandfrei aus den Voraussetzungen und Annahmen dieser Modelle herleiten.

Ein Blick auf die Geschichte der Wirtschaft könnte die vielen von der Geldpolitik verursachten Krisen und deren Hintergründe aufdecken. Deshalb ist eine Untersuchung der ökonomischen Zusammenhänge am Beispiel der Wirtschaftsgeschichte in der VWL nicht erlaubt und einst bekannte historische Werke und Schulen werden totgeschwiegen. Statt

um historische Erfahrungen geht es nur um Modelle, von denen die klassischen und neoklassischen Modelle die Absatzkrisen ganz grundsätzlich leugnen, während die angeblich keynesianischen Modelle in der VWL eine dreiste Verdrehung des wirklichen Keynesianismus und eine gezielte Täuschung der Studenten und des Publikums sind. Bis heute werden an den Universitäten die Fälschungen und Irreführungen der Gegner von John Maynard Keynes als keynesianische Modelle verbreitet, vor allem das IS-LM-Modell der sogenannten Neoklassischen Synthese von Hicks und Samuelson.

Mit den bis hier angeführten Punkten wäre der VWL-Modellbau bereits als restlos widerlegt und erledigt zu betrachten, gäbe es im Kapitalismus so etwas wie eine ehrbare Wissenschaft. Es gibt diese aber nicht und Sie sollten sich noch etwas Zeit für einige Details des ganzen Schwindels der VWL-Professoren nehmen. Ich werde es möglichst kurz und knapp machen.

Es gibt makroökonomisch keinen Kapitalmangel

Der angebliche Kapitalmangel ist ein zentrales Postulat für die krisenverschärfenden Lehren der VWL-Professoren. Der postulierte Kapitalmangel ist auch die Grundlage von Produktionsfunktionen der Sorte F(Kapital, Arbeit) wie die Cobb-Douglas-Funktion(1). Mit derartigen Funktionen lässt sich dann eine Grenzproduktivität des Kapitals als Erklärung für Zins oder Profit und eine Grenzproduktivität der Arbeit als Erklärung der Lohnhöhe erfinden. Mit anderen Worten: Hungerlöhne werden damit zum Ergebnis der niedrigen Grenzproduktivität der Arbeit dieser Menschen ("also selber schuld"), hohe Profite und Zinsen seien die Folge des Kapitalmangels - und dürfen den herrschenden Verhältnissen nicht zum Vorwurf gemacht werden. Wie sind diese angeblichen Wissenschaftler auf einen Kapitalmangel in der Ökonomie gekommen?

Zunächst einmal werden die VWL-Professoren sich gedacht haben, weil jedem von ihnen ganz persönlich jede Menge Kapital fehlt, dann müsste dies doch auch für die ganze Wirtschaft gelten. So werden Aussagen über makroökonomische Zusammenhänge mikroökonomisch fundiert. Auch die Studenten und das Publikum kennen den Kapitalmangel ganz persönlich und schmerzlich aus eigener Erfahrung und zweifeln gar nicht erst an dieser Grundannahme der VWL.

Das ausschlaggebende Motiv der Professoren für die Theorie vom Kapitalmangel in der Ökonomie dürfte aber der Blick auf den eigenen Kontostand in einem tieferen Sinne

gewesen sein, nämlich das Anliegen der Professoren, sich mit ihren Lehren den Kapitalisten anzudienen und ihren Kontostand dadurch zu verbessern. Denn der angebliche Kapitalmangel liefert die schönste Begründung für die immerwährende Forderung von VWL-Professoren nach Lohnsenkung und Sozialabbau sowie höheren Profiten, Subventionen und Steuergeschenken für das Kapital. Auf einem freien Markt sind halt auch die Lehren der VWL-Professoren käuflich, vor allem die Lehren der Professoren, die dem Markt in jeder Beziehung den Vorzug geben vor jeder "Anmaßung von Wissen" (Hayek).

Der wichtigste Grund für die These vom Kapitalmangel in Ökonomien ist aber die krisenverschärfende Wirkung der daraus abgeleiteten Forderungen nach Konsumverzicht. Angeblich würde jeder Konsumverzicht zu höheren Investitionen und mehr Arbeitsplätzen führen, was die Professoren mit ihrer gewohnten Zirkelschlussmethode zu belegen versuchen. Diese Zirkelschlüsse erfolgen etwa so:

> Jedes Volkseinkommen, das nicht konsumiert, sondern gespart wird, erhöhe den Kapitalstock und damit die Grenzproduktivität der Arbeit. Nun könnten die Unternehmer höhere Löhne zahlen oder mehr Arbeiter einstellen. Konsumverzicht und verstärktes Sparen wäre daher im höchsten Eigeninteresse der Arbeiter. Der notwendige Konsumverzicht werde am wirksamsten durch die Erhöhung der Profite erreicht, mit denen die Unternehmer dann investieren und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

So etwa lautet in Kurzfassung der ganze korrupte Unsinn der VWL speziell in den Zeiten der Wirtschaftskrise. Statt eine höhere Auslastung durch mehr Konsumnachfrage und damit die Erhaltung der Arbeitsplätze zu unterstützen, fordert die VWL Konsumverzicht und damit eine krisenverschärfende Politik der fortgesetzten Kapitalvernichtung durch Unterauslastung, also das ebenso beliebte wie berüchtigte Kaputtsparen der Ökonomie.

Haben Sie die zirkuläre Argumentation bemerkt? Meist sind diese Argumente dem Publikum schon so geläufig, dass sie gar nicht mehr hinterfragt werden.

Weil das Volkseinkommen aus Konsum und Investition besteht, ist selbstverständlich per Definition der Teil des Volkseinkommens, der nicht konsumiert wird, eine Investition; und zwar sogar eine Nettoinvestition, die das gesamte Produktionspotential gesteigert hat. Andernfalls, wenn es keine Nettoinvestition gewesen wäre, hätte die Investition nicht zum Volkseinkommen gezählt.

Was nicht Konsum ist, kann definitionsgemäß nur eine Investition sein, so wie alle Menschen, die nicht Männer sind, Frauen sein müssen; woraus VWL-Professoren vermutlich

die Lehre ziehen würden, dass weniger Männer zu mehr Frauen führen, genau wie der Konsumverzicht zu mehr Investitionen. Hier wird einfach mit einem Trick bei den Studenten der VWL oder dem Publikum der Trugschluss erzeugt, dass jeder Konsumverzicht tatsächlich steigende Nettoinvestitionen bewirke und damit ein Kapitalmangel behoben würde, was sodann über eine steigende Grenzproduktivität der Arbeit höhere Löhne oder mehr Arbeitsplätze erlaube.

Bestärkt wird der Irrtum hier wieder durch die mikroökonomischen Vorstellungen:

Für jeden Einzelnen gilt, dass der Teil seines Einkommens, der nicht für Konsum verwendet wird, seine Ersparnisse erhöht. Nun übertragen die Leute diese Vorstellung auf die Makroökonomie und meinen, dass auch hier jeder Konsumverzicht zu steigenden Ersparnissen und diese zu wachsenden Investitionen führen müssten.

Diese Übertragung der mikroökonomischen Realität auf die Makroökonomie ist aber wieder völlig falsch, weil makroökonomisch jeder Verzicht auf Ausgaben einfach zu sinkenden Einnahmen führt (Ausgaben = Einnahmen(2)!). Durch das Sparen am Konsum werden also in einer Makroökonomie alle ärmer, ihre Einkommen sinken mit dem Sparen. Zuletzt wird durch die gesunkene Güternachfrage sogar noch Kapital vernichtet. Das aber ahnen die in aller Regel nur mikroökonomisch denkenden Leute nicht, also die gewöhnlichen VWL-Studenten und die einfachen Bürger, während die Professoren ihren Schwindel selbstverständlich durchschaut haben und ganz gezielt verbreiten.

Der Trugschluss der VWL gipfelt in der Formel $I = S$. Mit dieser Formel im Kopf meinen die Studenten und glaubt das Publikum, dass Investitionen durch höhere Ersparnisse aus dem Konsumverzicht entstünden. In Wahrheit handelt es sich bei der Gleichung $I = S$ um eine Identität, also um eine Tautologie und keinen kausalen Zusammenhang im Sinne von $S => I$ (Sparen bewirkt Investition), wie es die Gleichungen $Y = C + S$ mit $S = Y - C$ und $S = I$ suggerieren.

Die Investitionen können also nicht durch verstärktes Sparen und vor allem nicht durch ein verstärktes Sparen von Geld gesteigert werden. Wenn durch eine Investition der Kapitalstock tatsächlich wächst, was auch die entsprechende Auslastung des Kapitalstocks durch eine gestiegende Güternachfrage voraussetzt, dann haben wir durch diese Nettoinvestition auch definitionsgemäß eine reale Ersparnis in Gestalt eines höheren Kapitalstocks. Es gilt also $I => S$ (Nettoinvestitionen bewirken eine Ersparnis; oder besser noch: Nettoinvestition ist eine Ersparnis; aber nicht umgekehrt).

Die VWL-Professoren versuchen stets, einen umgekehrten Zusammenhang zu suggerieren, als würde das Sparen durch Konsumverzicht zu einem höheren Kapitalstock führen. Damit dienen die Lehren der VWL in jeder Wirtschaftskrise zu einer Verschärfung dieser Krise durch weiter sinkende Güternachfrage.

Mit diesen Lehren wird stets eine Politik der hohen Zinsen (Belohnung für verstärkten Konsumverzicht zum Zweck des Sparens) und der Senkung von Löhnen und Sozialleistungen (Senkung des angeblich zu hohen Kosums zum Zweck der besseren Kapitalbildung) und der restriktiven Finanzpolitik der öffentlichen Haushalte verbunden mit Subventionen und Steuergeschenken für das Kapital von entweder völlig korrupten oder völlig verblödeten VWL-Professoren begründet. Denn die wirklichen Zusammenhänge sind ja sehr leicht zu verstehen, wenn jemand sie nur verstehen will.

Ist Kapitalmangel überhaupt möglich?

Wenn Kapital knapp wäre und deshalb hohe Renditen einbringen würde, dann könnte der Kapitalstock mindestens in der Höhe dieser hohen Renditen jedes Jahr steigen. Der Kapitalstock müsste sich also bei einer Knappheitsrendite von 7% p.a. alle zehn Jahre verdoppelt haben, in dreißig Jahren verachtfacht – in 100 Jahren hätte der Kapitalstock sich schon um den Faktor 1024 gesteigert. Kapital kann also nicht fehlen.

Kapital kann vor allem auch deshalb nicht fehlen, weil seit vielen Jahrzehnten das Verhältnis von Kapitalstock zur Produktion nicht mehr steigt. Technischer Fortschritt steigert nicht nur die Arbeitsproduktivität, sondern auch die Produktivität des Kapitals. Für einen verdoppelten Kapitalstock müsste sich auch das BIP verdoppeln, selbst bei einer Akkumulation von nur 3,5% jährlich würden sich der Kapitalstock und die Produktion und damit die Einkommen alle 20 Jahre verdoppeln. Der Kapitalstock liegt seit Jahrzehnten etwa beim Fünffachen des BIP. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass mit steigendem BIP ein erheblicher Teil des Kapitalstocks im Wert ganz von selber wächst (Grundstücke, Gebäude, Patente und Lizensen), also von niemandem angespart werden muss. Ebenfalls seit Jahrzehnten ist der Kapitalstock bzw. das Produktionspotential nicht annähernd ausgelastet. Trotzdem fabuliert die VWL bei Kapitalüberschuss und Massenarbeitslosigkeit immer noch von der Grenzproduktivität von Arbeit und Kapital.

Wenn es nicht der Kapitalmangel ist, was beschränkt dann die Leistungsfähigkeit einer Ökonomie?

Die VWL weiß selbstverständlich schon längst, dass die Produktion nicht durch einen Mangel an Kapital limitiert wird. Die Produktionsfunktion F(Arbeit, Kapital) wurde deshalb

um einen nicht näher bestimmbaren Faktor ergänzt, der einen von den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital unabhängigen Produktivitätsanstieg durch technischen Fortschritt darstellt. Dieser Faktor lässt sich nicht durch das Sparen von Kapital verbessern, wohl aber über den technischen Fortschritt hinaus noch ergänzen und verstärken durch bessere gesellschaftliche Verhältnisse, also weniger Korruption, Betrug, Unterdrückung und Ausbeutung und einen damit reibungsloseren Ablauf der ganzen Ökonomie.

Bis zur vollen Auslastung des Produktionspotentials ist es einfach die fehlende Güternachfrage, die das Wachstum des Outputs und des dafür nötigen Kapitalstocks beschränkt. Mehr Nachfrage führt zu mehr Produktion und zu erfolgreichen Nettoinvestitionen für dieses Wirtschaftswachstum. Weil die Politik jedoch von den Ausbeutern beherrscht wird, steigen die Masseneinkommen nur unzureichend mit dem Produktionspotential, was dann den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt behindert. Verbreitete Armut unter den Lohnabhängigen schädigt sogar deren Leistungsfähigkeit: Die Opfer dieser neoliberalen Politik versuchen, so schlecht zu arbeiten, wie sie bezahlt werden, und nicht die Dummen zu sein, die sich ehrlich abschinden, während die Ausbeuter sich ein schönes Leben auf Kosten der Fleißigen machen.

An der Auslastungsgrenze wird die Leistung einer Ökonomie durch gesellschaftliche Faktoren beschränkt. Der effiziente Einsatz von Kapital und die effiziente Produktion erfordern möglichst geringe Schäden durch Korruption und Kriminalität. Es sind einfach die herrschenden gesellschaftlichen Zustände, wie etwa korrupte Politiker oder VWL-Professoren mit ihren krisenverschärfenden Theorien, die das sonst mögliche Wachstum des allgemeinen Wohlstands in einer Ökonomie limitieren.

Unter korrupten Verhältnissen haben wir dann statt wachsendem Massenwohlstand und einem mit dem Wachstum einer effizienten Ökonomie automatisch steigenden Kapitalstock eine Wirtschaftskrise mit Kapitalvernichtung und Verelendung der arbeitenden Bevölkerung zu Gunsten der Bereicherung einer herrschenden, kriminellen Elite, vor allem skrupelloser Finanzspekulanten, die von den inszenierten Krisen profitieren, sowie der Bereicherung ihrer Mietmäuler auf VWL-Lehrstühlen und in Wirtschaftsforschungsinstituten.

(1) http://de.wikipedia.org/wiki/Cobb-Douglas-Funktion
(2) http://www.wolfgang-waldner.com/volkswirtschaftslehre/saldenmechanik/

Das Say'sche Theorem ist ein sophistischer Trick

Einen absichtlich herbeigeführten Fehlschluss wie beim Say'schen Theorem bezeichnet man als Sophismus.

Das Say'sche Theorem behauptet, dass es **grundsätzlich keine Absatzkrisen geben könne**. Begründet wird diese These damit, **dass jede Produktion immer ein Einkommen in gleicher Höhe schafft**, so dass es also nie einen Mangel an Kaufkraft und Nachfrage geben könne. Dieses Einkommen werde entweder für den Konsum ausgegeben oder gespart und damit investiert (Einkommen = Konsum + Investition).

Die Begründung des Theorems ist lachhaft: "Einkommen gleich Produktion" ist eine Tautologie, weil in makroökonomischer Sicht die Produktion das Einkommen schafft und alles Einkommen aus der Produktion resultiert.

Nun hat aber überhaupt niemand behauptet, dass die Absatzkrisen dadurch entstünden, dass kein genau mit der Höhe der Produktion identisches Einkommen geschaffen würde. Einen selbsterfundenen Einwand zu widerlegen und die These damit für bewiesen zu erklären, ist ein alter und dummer Trick, auf den außer in den VWL-Vorlesungen nur noch in einem Kindergarten jemand reinfallen wird. Das Einkommen passt genau zum Umfang der Produktion - Menschen sind aber arbeitslos, **weil die Produktion weit unter dem Produktionspotenzial liegt**.

Während eines Booms sind Nachfrage, Produktion und Einkommen hoch. Mit der Auslösung einer Absatzkrise durch die Zinserhöhungen der Notenbank brechen Nachfrage, Produktion und Einkommen gemeinsam ein. Bei einer Absatzkrise liegen Nachfrage, Produktion und Einkommen unter dem Produktionspotenzial der Ökonomie. Es sind Fabriken und Geschäfte nicht ausgelastet und Arbeiter erwerbslos. Die Einkommen sind zwar so hoch wie die Produktion, aber nicht so hoch wie bei einer optimalen Auslastung des Produktionspotenzials. In der Krise wird wenig produziert und wenig verdient, in einem Boom wird viel produziert und viel verdient.

Offensichtlich ist die Identität von Produktion und Einkommen kein hinreichender Grund dafür, dass die Produktion das Produktionspotenzial optimal auslasten würde.

Die Auslastung des Produktionspotenzials wird durch die Geldpolitik gesteuert, die entweder mit hohen Zinsen und einer restriktiven Kreditvergabe die Nachfrage abwürgen kann oder mit niedrigen Zinsen bei einer expansiven Kreditvergabe die Nachfrage steigen

lässt. Die Geld- oder Kreditpolitik steuert die Nachfrage und die (Unter-) Auslastung des Produktionspotenzials; an der Nachfrage orientieren sich Produktion und Einkommen.

Geldpolitik -> Nachfrage -> Produktion = Einkommen

Erwarten Sie jetzt aber bitte nicht, dass die sogenannte Wirtschaftswissenschaft Ihnen eine verbindliche Formulierung des Say'schen Theorems vorweist. Damit würde man es den Kritikern zu einfach machen und deshalb finden wir weder eine verlässliche Darstellung des Theorems, noch eine Stellungnahme der VWL zu den schon zu Lebzeiten von Say durch Malthus und Sismondi erhobenen Einwänden oder zu den seitdem von zahllosen Autoren dargelegten Widerlegungen. Es ist dreister Schwindel und Betrug.

Auch die Darstellung im Wiki-Artikel zum Say'schen Theorem(1) ist unzutreffend, vor allem der Teil über das Sparen und Horten. Darauf kann ich hier nur kurz hinweisen. Die Verwirrung des Publikums durch die Irrlehren der VWL finden wir auch in den Wiki-Artikeln.

Der historische Anlass für das Say'sche Theorem war vor 200 Jahren die mörderische deflationäre Depression, mit der die Bank von England nach dem Krieg gegen Napoleon das während des Krieges stark gestiegene Niveau der Löhne und Preise in England wieder herunterbrach. Ricardo hat dann vorbildlich für die nachfolgenden VWL-Professoren die Möglichkeit von Absatzkrisen wider besseren Wissens grundsätzlich mit dem Say'schen Theorem geleugnet.

(1) http://de.wikipedia.org/wiki/Saysches_Theorem

Die post-napoleonische Depression

Ein Komitee des Parlaments sollte die einfache Frage klären, warum der Krieg gegen Napoleon in England die Preise hatte steigen lassen:

> … in February 1810, the House of Commons set up a Select Committee on the High Price of Gold Bullion to investigate why it had risen during the Napoleonic Wars.
>
> 200th Anniversary of the 1810 Bullion Committee(1) By Timothy Green

Die Antwort könnten wir ohne weitere Untersuchungen geben, aber es ging

selbstverständlich um ein ganz anderes Anliegen. Das Komitee sollte der Öffentlichkeit die Sache so darstellen, als habe die Bank von England einfach zu viele Banknoten herausgegeben, wofür sie von David Ricardo(2) in der Presse scharf kritisiert wurde, aber man müsse jetzt einfach den Banknotenumlauf reduzieren und schon sei die Inflation der Kriegsjahre überwunden. Milton Friedmans Geldmengenstuss war nur eine Neuauflage von Ricardo.

Selbstverständlich konnte die Bank von England nicht einfach so weniger Banknoten in Umlauf bringen, sondern sie musste mit dem Ziel, weniger Banknoten auszugeben, ihren Diskontsatz stark erhöhen und mit der restriktiven Kreditpolitik eine brutale Absatzkrise auslösen. Absatzkrise und mörderische Massenarbeitslosigkeit ließen die Löhne und Preise wieder auf das Vorkriegsniveau sinken und damit auch den Geldumlauf.

Wen es interessiert, der kann im Internet die Schriften von Ricardo nachlesen, in denen er diese Deflationspolitik propagiert hat:

David Ricardo, The Works and Correspondence of David Ricardo, Vol. 3 Pamphlets and Papers 1809-1811(3)

Diese brutale Absatzkrise hat Ricardo maßgeblich politisch unterstützt und gleichzeitig mit dem Say'schen Theorem geleugnet. Nach Ricardos Vorbild werden Absatzkrisen und unfreiwillige Massenerwerbslosigkeit bis heute von Professoren vor ihren Studenten und dem Publikum für überhaupt völlig unmöglich erklärt. Das ist Volkswirtschaftslehre!

Die Deflationspolitik der Bank von England verursachte in ganz Europa eine mörderische Depression. David Ricardo erklärte auf dem Höhepunkt der Deflationskrise, dass er eine derart restriktive Politik der Bank von England nicht gefordert habe. Außerdem behauptete Ricardo plötzlich, Arbeitslosigkeit sei eine Folge des technischen Fortschritts, weil mit Kapital aus dem Lohnfond(4) Maschinen gekauft würden und deshalb aus Kapitalmangel weniger Arbeiter bezahlt werden könnten. Bis dahin hatte er den Fortschritt der Technik mit Say immer für problemlos gehalten, weil ja jede Produktion sich ihre Nachfrage schaffe und der Steigerung der Produktion durch mehr Maschinen und bessere Technik keine Grenze von Seiten der Absatzmöglichkeiten gesetzt wäre.

(1) http://www.lbma.org.uk/assets/alc57_200_anniversary.pdf
(2) http://en.wikipedia.org/wiki/David_Ricardo
(3) http://oll.libertyfund.org/index.php?option=com_staticxt&staticfile=show.php%3Ftitle=204&layout=html
(4) http://www.wolfgang-waldner.com/volkswirtschaftslehre/lohnfondtheorie/

Die Panik von 1819 in den USA

In den USA hatte der Britisch-Amerikanische Krieg von 1812-14 mit hohen Kosten die Konjunktur belebt und nach Kriegsende sollte gespart werden. Zusätzlich fielen durch die Depression in England und Europa die Exporte der USA.

> Austrian school economists view the nationwide recession that resulted from the Panic of 1819(1) as the first failure of expansionary monetary policy. This explanation is based on the Austrian theory of the business cycle. Government borrowed heavily to finance the War of 1812, which caused tremendous strain on the banks' reserves of specie, leading to a suspension of specie payments in 1814, and then again during the recession of 1819-1821, violating contractual rights of depositors. The suspension of the obligation to redeem greatly spurred the establishment of new banks and the expansion of bank note issues, and this inflation of money encouraged unsustainable investments to take place. It soon became clear the monetary situation was threatening, and **the Second Bank of the United States was forced to call a halt to its expansion and launch a painful process of contraction**. There was a wave of bankruptcies, bank failures, and bank runs; prices dropped and wide-scale urban unemployment began. By 1819, land measures in the U.S. had also reached 3,500,000 acres (14,200 km2), and many Americans did not have enough money to pay off their loans.

Die Österreichische Schule macht für die Depression wie üblich nicht die Kreditrestriktion verantwortlich, sondern die vorausgegangene Expansion, die sich aber vor allem in Kriegszeiten schlecht vermeiden lässt. Ohne eine expansive Geldpolitik hätte es die Belebung der Konjunktur nicht gegeben und die Preise wären nicht gestiegen. Andererseits ist es nur im Interesse der Rentiers, wenn nach Kriegen oder nach einem Boom eine deflationäre Depression inszeniert wird auf Kosten der breiten Bevölkerung, statt die Inflation der Währung gegen das Gold oder gegen ausländische Währungen mit einem neuen Wechselkurs zu berücksichtigen.

Jedenfalls gibt es die Absatzkrisen im Gegensatz zum Say'schen Theorem wirklich und sie sind keine unerklärbaren und vor allem keine unvermeidbaren Phänomene, sondern das Ergebnis absichtlich restriktiver Geldpolitik - ob eine zuvor expansive Geldpolitik als fehlerhaft gescholten wird oder nicht.

Thomas Jefferson(2), der dritte Präsident der Vereinigten Staaten von 1801 bis 1809, beschrieb die Folgen der Deflationspolitik im Jahr 1819 so:

> The paper bubble is then burst. This is what you and I, and every reasoning man, seduced by no obliquity of mind or interest, have long foreseen; yet its disastrous effects are not the less for having been foreseen. We were laboring under a dropsical fulness of circulating medium. Nearly all of it is now called in by the banks, who have the regulation of the safety-valves of our fortunes, and who condense and explode them at their will. Lands in this State cannot now be sold for a year's rent; and unless our legislature have wisdom enough to effect a remedy by a gradual diminution only of the medium, there will be a general revolution of property in this State. Over our own paper and that of other States coming among us, they have competent powers; over that of the bank of the United States there is doubt, not here, but elsewhere.
>
> Thomas Jefferson: To John Adams, Esq. Monticello, November 7, 1819(3)

Die Banken konnten mit einer expansiven Kreditpolitik in Kriegszeiten die Wirtschaft zum Aufblühen bringen, was selbstverständlich mit steigenden Preisen verbunden war, und nach Kriegsende mit Unterstützung der Rentiers und Kriegsspekulanten durch restriktive Kreditpolitik dafür sorgen, dass die Spekulanten nun mit ihrem Geld die Ländereien und Sachwerte billigst von den ruinierten Eigentümern erwerben konnten. Die Spekulanten brauchten nur zu wissen, wie die Geldpolitik Boom oder Krise herbeiführt. Die Banken ließen nach Kriegsende die Kredite auslaufen, verlängerten also die Kredite nicht und vergaben kaum neue Kredite an Nachschuldner, und schon waren die besten Ländereien und Sachwerte zu Spottpreisen zu kaufen, weil deren Eigentümer sie dringend zu Geld machen mussten, da die Banken kaum Kredit vergaben.

(1) http://en.wikipedia.org/wiki/Panic_of_1819
(2) http://en.wikipedia.org/wiki/Thomas_Jefferson
(3) http://www.yamaguchy.com/library/jefferson/jeff_19.html

Auszug aus „On the Principles" von David Ricardo

Es ist kaum zu glauben, wie schwachsinnig die Argumente eines so gerühmten Ökonomen zu dem wichtigen Thema der Absatzkrisen waren.

Hier ein längeres Zitat von David Ricardo als Beispiel:

M. Say has, however, most satisfactorily shewn, that there is no amount of capital which may not be employed in a country, because demand is only limited by production. No man produces, but with a view to consume or sell, and he never sells, but with an intention to purchase some other commodity, which may be immediately useful to him, or which may contribute to future production. By producing, then, he necessarily becomes either the consumer of his own goods, or the purchaser and consumer of the goods of some other person. It is not to be supposed that he should, for any length of time, be ill-informed of the commodities which he can most advantageously produce, to attain the object which he has in view, namely, the possession of other goods; and, therefore, it is not probable that he will continually produce a commodity for which there is no demand.

There cannot, then, be accumulated in a country any amount of capital which cannot be employed productively, until wages rise so high in consequence of the rise of necessaries, and so little consequently remains for the profits of stock, that the motive for accumulation ceases.48* While the profits of stock are high, men will have a motive to accumulate. Whilst a man has any wished-for gratification unsupplied, he will have a demand for more commodities; and it will be an effectual demand while he has any new value to offer in exchange for them. If ten thousand pounds were given to a man having £100,000 per annum, he would not lock it up in a chest, but would either increase his expenses by £10,000; employ it himself productively, or lend it to some other person for that purpose; in either case, demand would be increased, although it would be for different objects. If he increased his expenses, his effectual demand might probably be for buildings, furniture, or some such enjoyment. If he employed his £10,000 productively, his effectual demand would be for food, clothing, and raw material, which might set new labourers to work; but still it would be demand.

Productions are always bought by productions, or by services; money is only the medium by which the exchange is effected. Too much of a particular commodity may be produced, of which there may be such a glut in the market, as not to repay the capital expended on it; but this cannot be the case with respect to all commodities; the demand for corn is limited by the mouths which are to eat it, for shoes and coats by the persons who are to wear them; but though a community, or a part of a community, may have as much corn, and as many hats and shoes, as it is able or may wish to consume, the same cannot be said of every commodity produced by nature or by art. Some would consume more wine, if they had the ability to procure it. Others having enough of wine, would wish to increase the quantity or improve the

> quality of their furniture. Others might wish to ornament their grounds, or to enlarge their houses. The wish to do all or some of these is implanted in every man's breast; nothing is required but the means, and nothing can afford the means, but an increase of production. If I had food and necessaries at my disposal, I should not be long in want of workmen who would put me in possession of some of the objects most useful or most desirable to me.
>
> David Ricardo, On the Principles of Political Economy and Taxation, chap. 21.2-21.3
>
> (1)

Ich denke, Argumente gegen diese dreisten Behauptungen wider besseren Wissens sind völlig überflüssig. Dass solche Thesen von der VWL gestützt werden, indem man das Geld bis heute in den neoklassischen Modellen unwidersprochen nur als Geldschleier und als Tauschmittel ohne Einfluss auf die Realwirtschaft behandelt, ist ein Skandal. Jeder Professor redet sich selbstverständlich damit heraus, dass er ja nur die neoklassischen Modelle lehre und dass diese eben von Say, Ricardo und Mill beeinflusst seien und in diesen Modellen gilt das Geld als neutral.

Zumindest müssten die Studenten darüber aufgeklärt werden, welche falschen Vorstellungen mit diesen Modellen verbreitet werden und dass diese Modelle für die Realität völlig unbrauchbar und eine gezielte Irreführung des Publikums sind. Stattdessen werden die Studenten mit den kompliziertesten mathematischen Kurvendiskussionen noch gezwungen, im Sinn dieser Modelle zu denken und zu argumentieren und diese Modelle sogar für passend und zutreffend zu halten.

(1) http://www.econlib.org/library/Ricardo/ricP5.html#Ch.21,%20Profits%20and%20Interest

Das Say'sche Theorem in der aktuellen VWL

Ulrich van Suntum(1) schreibt in seinem aktuellen Lehrbuch zur VWL:

> Das Saysche Theorem besagt im Prinzip folgendes: Wer am Markt irgendein Gut anbietet, tut dies aus keinem anderen Grund als dem, daß er Einkommen erzielen und damit selbst irgendwelche anderen Güter kaufen will. Besonders deutlich wird

> das, wenn man für einen Moment einmal das Geld außer Betracht lässt und sich eine reine Tauschwirtschaft vorstellt.
>
> (Ulrich van Suntum „Die unsichtbare Hand“, 3. Auflage, 2005, S. 104/105)(2)

So lächerlich wird heute immer noch argumentiert! Krisen haben monetäre Ursachen, aber die Leser sollen das Geld einmal außer Betracht lassen. Dann kann man behaupten, dass es niemals eine Absatzkrise geben könne, also ohne Geld und so. Da tauscht halt ein jeder Mensch seine Ware, die er hergeben möchte, gegen ein anderes Gut, das er dafür lieber hätte. Offensichtlich führt dann ein erhöhtes Güterangebot zu einer erhöhten Nachfrage nach anderen Gütern. Jetzt braucht van Suntum nur noch so zu tun (S. 105), als ob dies auch für eine Ökonomie mit Geld gelten würde:

> An diesem grundlegenden Prinzip ändert sich nach klassischer Auffassung auch dann nichts, wenn zur Vereinfachung der Tauschvorgänge Geld benutzt wird.

Mit dem Hinweis „nach klassischer Auffassung“ übernimmt van Suntum für den Schwindel selber keine Verantwortung, denn er lehrt ja nur die Lehre der Klassiker. Ob das dann stimmt, ist kein Thema in seinem Buch, der Leser soll aber glauben, dass das Theorem stimmt. Dazu stellt van Suntum gleich noch das Sparen und die Kreditvergabe falsch dar, aber wieder nicht ohne den Hinweis auf die „klassische Auffassung“ (ebenda):

> Das gilt nach klassischer Auffassung selbst dann, wenn gespart wird. Wer seine Einnahmen zur Bank bringt, statt sie für Güterkäufe zu verwenden, verringere damit nämlich nur scheinbar die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Denn offenbar liegt es im Interesse der Bank, das Geld auszuleihen, in erster Linie an die Unternehmen. Dadurch aber wird die Ersparnis wiederum nachfragewirksam, denn die Unternehmen fragen mit Hilfe des geliehenen Geldes Investitionsgüter nach.

Diese Darstellung der Kreditvergabe müsste jetzt sogar zu einer endlosen Ankurbelung der Nachfrage führen, denn sobald die Unternehmen mit Hilfe des geliehenen Geldes Güter kaufen und bezahlen, liegt das Geld ja schon wieder auf dem Bankkonto und muss nach der zitierten Auffassung wieder einen weiteren Kreditnehmer finden.

Offensichtlich ist diese Darstellung der Kreditvergabe falsch. Die Banken brauchen kein vorher eingezahltes Geld, um einen Kredit zu vergeben, weil bei der Kreditvergabe und spätestens mit der Bezahlung eine Einlage auf dem Konto des Geldempfängers entsteht.

Die Kreditvergabe ist immer ein Akt der Geldschöpfung, was selbstverständlich auch die Klassiker schon gewusst haben mussten, aber systematisch und absichtlich falsch gelehrt haben. Wieder korrigiert van Suntum nicht, sondern vertieft die völlig falsche Darstellung weiter, dass es über den Zins zu einem Gleichgewicht von Ersparnis und Investition am Kapitalmarkt käme (ebenda):

> Der Mechanismus des Zinses bringt dabei Angebot und Nachfrage von Leihkapital stets zum Ausgleich. Wird beispielsweise mehr gespart, als die Unternehmen investieren wollen, so muß der Zins sinken. Dies senkt nach klassischer Auffassung den Anreiz zu sparen, und es erhöht gleichzeitig den Anreiz zu investieren. Umgekehrt würde ein Überschuß der Investitionsnachfrage über das Angebot an Sparkapital den Zinssatz erhöhen, bis der Kapitalmarkt wieder im Gleichgewicht ist.

Anschließend erörtert van Suntum noch das Problem des Hortens (das sich nur aus dieser falschen Darstellung der Kreditvergabe ergeben würde), dass gespartes Geld nicht zur Bank gebracht wird, die es verleiht. Weil die Banken aber niemals gespartes Geld verleihen, sondern mit jedem Kredit zusätzliches Geld schöpfen, sind auch die Ausführungen zur Geldhortung ohne jeden Bezug zur ökonomischen Realität.

Auf Seite 106 geht es dann mit der Krisentheorie von Marx weiter, ohne dass die mit der Darlegung dieser „klassischen Auffassung“ verbundenen falschen Darstellungen ökonomischer Zusammenhänge abschließend wieder korrigiert würden. Auf eine zutreffende Darstellung des Sparens und der Kreditgeldschöpfung könnte der VWL-Student bis zu seiner letzten Prüfung vergebens warten, aber er hat in aller Regel nichts davon bemerkt und ist völlig in den falschen Vorstellungen gefangen.

(1) http://de.wikipedia.org/wiki/Ulrich_van_Suntum
(2) http://books.google.de/books?id=JrAFZLT9XpYC&pg=PA104&lpg=PA104&dq=%22van+suntum%22+Say+Theorem&source=bl&ots=EC4PoqLPAT&sig=RuCgfgCzpohRsYVWsg9uFoB8FhI&hl=de&ei=4O2nTfjSIoOVswbj37GzBg&sa=X&oi=book_result&ct=result&resnum=5&ved=0CDQQ6AEwBA#v=onepage&q&f=false

Geldschöpfung und Kredit

Wegen der falschen Lehren der Ökonomen hat die Bevölkerung irrige Vorstellungen über Geld und Kredit. Selbstverständlich wissen die zuständigen Leute von den richtigen Zusammenhängen, sie hängen es aber nicht an die große Glocke. So erklärte die Bundesbank die Geldschöpfung einmal für Schüler in einem Satz (inzwischen wurde der

Text der aktuellen Schülerbroschüre zum Geld wesentlich verändert und die Aussage ist wieder verwirrend, daher keine Quellenangabe):

> Hauptquelle der Geldschöpfung ist heute die Kreditgewährung der Geschäftsbanken (aktive Geldschöpfung): Dem Kreditnehmer wird ein Sichtguthaben (Sichteinlagen) in Höhe des aufgenommenen Kredites eingeräumt, wodurch die gesamtwirtschaftliche Geldmenge unmittelbar steigt.

Jede Kreditvergabe ist für das Bankensystem eine Bilanzverlängerung. Es wird eine Forderung auf Termin auf der Habenseite verbucht und im Soll erhält der Kreditnehmer in der Höhe der Kreditsumme eine Forderung an die Bank als Sichteinlage auf seinem Konto. Häufig wird dieser Vorgang als „Geldschöpfung aus dem Nichts" bezeichnet, weil das Buchgeld, über das der Kreditnehmer jetzt verfügen kann, einfach als Gegenposition zum abgeschlossenen Kreditvertrag gutgeschrieben wird.

Für diese Gutschrift benötigt die Bank keine Einzahlung von gesparten Kundengeldern auf anderen Kundenkonten, um dies noch einmal ganz deutlich zu betonen. Daher sind alle „klassischen Auffassungen" über ein Weiterverleihen gesparter Gelder durch die Banken oder gar ein Gleichgewicht von angebotenen Ersparnissen und nachgefragten Krediten bei einem bestimmten Zinssatz am Kapitalmarkt ein völliger Humbug und ausgemachter Schmarren.

Bei der Kreditvergabe erzeugt die Bank das zugehörige Guthaben für den Kreditnehmer. Dieses Guthaben ist die Kundeneinlage bei der Bank, die dem Kunden verliehen wurde. Sobald der Kreditnehmer sein Guthaben für Zahlungen verwendet, wechselt das Buchgeld von seinem Konto auf die Konten der Zahlungsempfänger.

Hat der Empfänger des Geldes sein Konto bei einer anderen Bank, dann verschuldet sich die Bank des Zahlers bei der Zentralbank oder direkt bei der Bank des Empfängers, die diesem den Betrag auf seinem Konto gutschreibt. Weil die Banken sich auch gegenseitig Zinsen zahlen müssen, ist jede Bank daran interessiert, Kundeneinlagen zu erhalten. In der Regel zahlt die Bank dem Kunden weniger Zins als einer anderen Bank und dieser zahlt sie weniger Zins als sie von ihrem Kreditnehmer erhält. Die Zinsdifferenz ist die Einnahme und das Geschäft der Bank. Der Zins für Zentralbankgeld kann sehr unterschiedlich sein, so dass die Überweisungen von einer Bank zur anderen Geschäftsbank bevorzugt über die Zentralbank mit dort geliehenem Zentralbankgeld oder auch lieber direkt zwischen den Geschäftsbanken abgewickelt werden.

Für die sogenannte Geldschöpfung "aus dem Nichts" benötigt die Bank einen Schuldner mit Sicherheiten, der diese der Bank für den Kredit verpfändet. Daher ist die Aussage womöglich irreführend, dass die Bank das Geld "aus dem Nichts" schaffen würde, denn sie braucht dafür die Sicherheiten des Kreditnehmers, nur eben keine gesparten Gelder anderer Bankkunden. Im Prinzip ist die Buchgeldschöpfung ein ganz privates Geschäft zwischen der Bank und ihrem Schuldner, das Buchgeld ist eine Forderung des Kreditnehmers an die Bank. Die Bank prüft und beglaubigt mit dem Kreditvertrag die Sicherheiten des Kreditnehmers stellvertretend für die gesamte Ökonomie, in der dieser Kreditnehmer dann mit dem Buchgeld der Bank zahlen kann, und kümmert sich um die Tilgung. Ganz grundsätzlich ist aber der Vorgang der Buchgeldschöpfung nur eine Verbriefung der haftenden Sicherheiten des Kreditnehmers, resultierend in umlauffähigem Geld. Man könnte sich die Bank auch einfach als Notar vorstellen, der dem Eigentümer eines Grundstücks im Wert von z. B. 2 Mio. Geld, der 1 Mio. Geld für irgendeine Zahlung benötigt, die entsprechende Besicherung auf 1 Mio. umlauffähigen Geldzetteln bescheinigt: "Dieser Zettel hat den Wert von 1 Geld besichert mit dem Grundstück (Adresse, Besitzer etc.)". Weil das zu umständlich wäre, tragen Geschäftsbanken für den Kredit Buchgeld auf dem Kundenkonto ein und zahlen dem Kreditnehmer auf Wunsch auch Zentralbanknoten aus, die sich die Bank gegebenenfalls zur Auszahlung für den Kunden von der Zentralbank leiht.

Wenn mit Geld "bezahlt" wird, dann wird im Prinzip eine Forderung übertragen. Die Tilgung einer durch Kauf entstandenen Verbindlichkeit kann immer nur durch einen Kauf des Gläubigers bei einem Schuldner erfolgen, so dass sich die beiden Forderungen aufheben. Solange der Gläubiger, der Geld verdient hat, dieses Geldvermögen spart (egal ob bar oder auf einem Konto oder als Anleihe), kann die Schuld nicht wirklich getilgt, sondern nur auf einen anderen Nachschuldner übertragen werden. Zahlt jemand seine Schuld mit Bargeld, ist der Nachschuldner die Zentralbank. Überweist jemand das Geld, ist der Nachschuldner die Geschäftsbank. Durch Bezahlen erlischt nur mikroökonomisch die Schuld des jeweils Bezahlenden, makroökonomisch hat sich an den Schulden = Geldvermögen damit nichts geändert.

Banken können auch direkt zum Beispiel Gold oder Wertpapiere ankaufen und dem Verkäufer den Kaufbetrag auf sein Konto gutschreiben. Auch hier handelt es sich um eine Geldschöpfung, es entsteht Buchgeld. Weder für die Kreditvergabe noch für den Ankauf von Edelmetall oder Wertpapieren (oder einer Kiste Sekt für den Bankdirektor) durch die Gutschrift von Buchgeld auf dem Kundenkonto ist die Bank von vorher eingezahlten Kundengeldern abhängig.

Kunden können ihre Guthaben auf eine andere Bank überweisen oder bar auszahlen lassen. Bei einer Überweisung an eine andere Bank, muss die Bank für den Betrag der Zentralbank oder direkt dieser anderen Bank Zinsen zahlen. Will der Kunde sein Geld bar, dann muss die auszahlende Bank sich das Bargeld von der Zentralbank gegen Zins leihen. Die Zentralbank kann keiner Bank mit den üblichen Sicherheiten das geforderte Bargeld verweigern, weil vielleicht die "Geldmenge" damit eine künstliche Begrenzung übersteigen würde, sondern die Notenbank müsste den Leitzins erhöhen, bis weniger Bargeld nachgefragt wird. Es gibt also keine Geldmengenpolitik, sondern nur Zinspolitik, was auch immer die VWL-Professoren den Studenten einreden.

Das Zentralbankgeld

Die Zentralbank druckt das Bargeld einfach in dem Umfang, in dem die Geschäftsbanken es haben wollen, und leiht es diesen gegen Zins und Sicherheiten. Die Banken reichen zum Beispiel Staatsanleihen als Pfand und Sicherheit bei der Zentralbank ein und erhalten dafür das Zentralbankgeld für die sogenannten Mindestreserven und für die Barauszahlungen an ihre Bankkunden. In keinem Fall wird die Zentralbank wegen der Überschreitung irgendeines Geldmengenzieles die Herausgabe von ZB-Geld an die Geschäftsbanken einschränken, sondern sie wird über eine Erhöhung der Zinsen die Nachfrage für die Geschäftsbanken verteuern.

Zur Bekämpfung der Inflation erhöht die Zentralbank ihre Zinsen für das Zentralbankgeld, weil dann die Geschäftsbanken für ihre Kundeneinlagen die Zinsen erhöhen werden und vor allem für ihre Kreditnehmer. Mit steigenden Zinsen werden dann weniger Kredite bei den Geschäftsbanken nachgefragt, es entsteht weniger Buchgeld, dadurch wird weniger gekauft, die Einnahmen der Bevölkerung gehen zurück und dadurch schließlich auch der Bargeldumlauf.

Die sogenannten Geldmengen werden also von der Zentralbank nur indirekt über ihre Zinspolitik und deren Auswirkungen auf Konjunktur und Beschäftigung beeinflusst. Eine direkte Geldmengensteuerung, die den Zins und die Konjunktur unbeschadet lässt, gibt es nicht. Die Inflationsbekämpfung muss immer eine Rezession auslösen oder wenigstens restriktiv auf Güternachfrage, Wachstum und Beschäftigung wirken.

Die beliebte Diskussion über Bareinzahlungen und das angebliche fraktional reserve banking(1) vor allem in den USA ist nur ein Verwirrspiel für das Publikum. Die

Geschäftsbank verleiht also nicht ein Vielfaches Ihrer eingezahlten 100 Dollar, weil die Banken für die Kreditvergabe überhaupt keine vorher eingezahlten Kundeneinlagen brauchen. Das Zentralbankgeld für gesetzlich vorgeschriebene Mindestreserven oder Barauszahlungen leiht sich das Bankensystem ganz nach Bedarf von der Zentralbank. In keinem Fall ist eine Kreditvergabe davon abhängig, ob gerade noch genug Zentralbankgeld in der Geschäftsbank vorhanden ist, da schaut niemand vorher im Tresor nach.

(1) http://en.wikipedia.org/wiki/Fractional_reserve_banking

Warum Ihr gespartes Geld nicht noch einmal verliehen wird

Die verbreitete Vorstellung, dass die Banken das gesparte Geld ihrer Kunden verleihen würden, ist ein lehrreiches und lustiges Beispiel für die falschen Überzeugungen, die aus dem mikroökonomischen Erleben und Denken der Menschen entstehen und womöglich in einer mikroökonomischen Fundierung falscher makroökonomischer Thesen enden.

Die mikroökonomische Sicht: Wenn Sie Geld bekommen und es ausgeben, dann ist es weg; nur wenn sie das Geld nicht ausgeben, kann es auf Ihrem Konto liegen und von der Bank verliehen sein. Der Trugschluss daraus, dass die Bank mehr Geld verleihen könne, wenn Sie mehr sparen würden, und dass die Banken Ersparnisse verleihen würden.

Die makroökonomische Sicht: Wenn Sie Geld bekommen und es ausgeben, dann ist es zwar für Sie persönlich weg, aber es liegt nur auf einem anderen Konto. Die Bankeinlagen werden durch das Sparen nicht mehr und durch das Ausgeben nicht weniger und selbst die Barauszahlung der Einlagen ist kein Problem, weil dabei praktisch ein Kredit der Notenbank an die Stelle der Kundeneinlage tritt.

Bankeinlagen können also nicht durch "Sparen" entstehen, wie das Publikum aus seiner mikroökonomischen Denkweise meist meint und sogar manche Nobelpreisträger der Ökonomie behaupten. Die Vorstellung, dass durch das Sparen in einer Volkswirtschaft mehr Geld verliehen werden könnte, ist das Resultat einer absurden mikroökonomischen Betrachtung, die nur den eigenen Geldbeutel und das eigene Konto im Blick hat.

Ob zusätzliche Kredite vergeben werden und dabei zusätzliche Einlagen entstehen, hängt nur davon ab, ob das aktuelle Zinsniveau und die entsprechenden Geschäftsaussichten die potentiellen Kreditnehmer (mit ausreichenden Sicherheiten) veranlassen können,

zusätzliche Kredite aufzunehmen. Hohe Zinsen senken die Verschuldungsbereitschaft und sind schlecht für die Geschäftsaussichten, denn mit den Krediten wäre zusätzliche Güternachfrage entstanden. Über die Kreditvergabe kann das Bankensystem aus Geschäftsbanken und der Zentralbank die Konjunktur steuern.

Die falsche Vorstellung des Publikums, dass sein gespartes Geld anschließend von der Bank wieder verliehen werde und somit zu zusätzlichen Investitionen oder Ausgaben für den Konsum führe, ist die Ursache, warum das Publikum die konjunkturschädigende Wirkung des Sparens nicht versteht. Daher wird diese falsche Auffassung in Schulen, Universitäten und den Massenmedien heute noch ständig bestärkt.

Loanable Fund Theory

Mit der Loanable Fund Theory(1) wird den Studenten und dem Publikum eingeredet, dass die Güternachfrage nicht unbeschränkt durch zusätzliche Kreditvergabe gesteigert werden kann, sondern die Kreditvergabe auf das Volumen eines "Loanable Fund" beschränkt wäre. Kreditfinanzierte Staatsausgaben würden einen Teil der verfügbaren Kredite für den Staat verbrauchen und die kreditsuchenden Unternehmer verdrängen.

Meist ist die Darstellung des angeblichen Loanable Funds nicht direkt falsch, sondern es wird einfach versucht, die falschen Vorstellungen im Kopf der Studenten und des Publikums mit einer ausführlichen Erörterung der Herkunft der Bankeinlagen anzuregen. Dass also die Ersparnisse der Bürger und Firmen und der Haushaltsüberschuss des Staates und Kredite des Auslands den Loanable Fund mit dem zu verleihenden Geld auffüllen würden und so weiter und dass es einen Zinssatz geben würde, bei dem Ersparnisse und Kreditnachfrage im Gleichgewicht seien.

Das Publikum soll glauben, dass nur Erspartes verliehen werden kann. Dann würde ein Kredit keine zusätzliche Nachfrage schaffen, weil ja vorher jemand beim Sparen für den Kredit genau auf diese Nachfrage verzichtet hätte. Unlängst wurde dieser Schwindel von dem "Keynesianer" und "Wirtschaftsnobelpreisträger" Paul Krugman auf seinem NYTimes-Blog wieder dargeboten. Man sollte es nicht für möglich halten:

> If I decide to cut back on my spending and stash the funds in a bank, which lends them out to someone else, this doesn’t have to represent a net increase in demand.
> Paul Krugman, March 27, 2012(2)

Hätte er sein Geld verjubelt, wäre es jetzt halt auf einem anderen Bankkonto, statt auf seinem. Dort könnte es von der Bank auch nicht nochmal verliehen werden. Das weiß der Princeton-Professor Paul Krugman sicher, darf es den Leuten aber nicht verraten, wenn er nicht die Finanzoligarchen verärgern will, die ihm den Nobelpreis verschafft haben. Da kann er die Ausweitung der Güternachfrage durch Kreditschöpfung einfach nicht verstehen:

> I think it has something to do with the notion that creating money = creating demand, but again that isn't right in any model I understand.

Die Loanable Fund Theory soll dem Publikum verbergen, dass das private Bankensystem einschließlich der FED die Geldschöpfung vollkommen kontrolliert, den Kredithahn aufdrehen und ganz nach Belieben zudrehen kann, um damit die für Börsenspekulanten und große Finanzkapitalisten so lukrativen Booms und Krisen zu inszenieren. Dafür hält man sich einen Paul Krugman, der als berühmter Kolumnist in der New York Times jeden Tag tolle Artikel gegen die Neoliberalen schreiben darf, aber ohne zum Kern der Dinge vorzudringen, bei dem er sich von Neoklassikern plötzlich nicht mehr unterscheidet.

(1) http://www.econmentor.com/macroeconomics-hs/inflation/loanable-fund-theory-of-interest-/text/675.html#Loanable%20fund%20theory%20of%20interest

(2) http://krugman.blogs.nytimes.com/2012/03/27/minksy-and-methodology-wonkish/

Loanable Funds Theory of Interest

Wir kennen die Geschichte schon von den Klassikern, dass angeblich die Haushalte ihre Ersparnisse auf einen Kapitalmarkt bringen würden. Das Gleichgewicht am Kapitalmarkt sei dann der Zins, bei dem das Angebot an Ersparnissen der Nachfrage der Unternehmen nach Finanzierungen entspreche. Die Formel lautet für den Zins:

$r = f(I,S)$ mit r = Zins, I = Investition, S = Ersparnis

Es gibt selbstverständlich keine Ersparnisse, die von den Haushalten an einem Kapitalmarkt verliehen werden könnten. Im äußersten Fall einer Vollauslastung des Produktionspotentials müsste eine sinnvolle Geldpolitik die Zinsen erhöhen, um einen preistreibenden Boom zu dämpfen. Bei Unterauslastung gibt es überhaupt keinen Grund, warum die Zinsen bei einer größeren Nachfrage für Investitionsfinanzierungen steigen sollten. Bei sehr starker Unterauslastung müssten die Zinsen sogar mit steigender Nachfrage eher sinken, weil die Risiken dann für die Banken geringer werden. Ein

Konsumverzicht der Haushalte wäre also nur an der Kapazitätsgrenze der Ökonomie für größere Investitionen sinnvoll und die Zinserhöhung der Notenbank sorgt dann einerseits für den Konsumverzicht der Haushalte wie für den Rückgang der Investitionen.

Beginnend mit Knut Wicksell wurde die klassische Vorstellung durch eine Loanable Funds Theory of Interest für die Neoklassik und den Bastardkeynesianismus erweitert:

r = f(I,S,M,H) mit M für das sogenannte Geldangebot und H für das Hoarding, also das Horten von Zentralbankgeld

In der neuen Formel wird die schon von den Klassikern erfundene Ersparnis also um die angeblich durch die Notenbank gesteuerte Geldmenge bereichert, während die Nachfrage nun nicht nur aus dem Kreditbedarf der Investoren besteht, sondern zusätzlich noch die Horter von Zentralbankgeld die Nachfrage erhöhen.

Angeblich habe sogar Keynes diese Zinstheorie wegen der Liquiditätsfalle(2) (PDF) genauestens studiert. Jedenfalls verwechseln die Bastardkeynesianer ständig das Problem des Zins- und Kursrisikos für langlaufende Anleihen mit einer Erhöhung der Nachfrage nach ihrem angeblichen Geldangebot der Notenbank auf einem Geldmarkt (das bei fiat money nur willkürlich beschränkt wäre) oder nach erfundenen Loanable Funds durch die sogenannte Geldhortung wegen Liquiditätspräferenz.

(1) http://www.preservearticles.com/2012020222453/what-is-loanable-funds-theory-of-interest.html
(2) http://cas.umkc.edu/econ/economics/faculty/tymoigne/econ%20431-531/readings/lft%20and%20lpt.pdf

Wie Geldmengen auf einem Geldmarkt die Preise steuern sollen

Am Anfang war das Münzgeld aus Gold und Silber und die Münzen hatten genau den Wert des in ihnen enthaltenen Edelmetalls. Das Bezahlen mit diesen Münzen war darum auch ein Problem, weil sie auf eine Goldwaage gelegt und geprüft werden mussten und nicht selten abgegriffen oder sonst im Wert gemindert waren. Das große Geschäft der ersten Bankiers war nicht der Geldverleih auf Zins, sondern der Münzwechsel mit entsprechenden Wertabschlägen und die Gutschrift von Buchgeld für Münzen aus aller Herren Länder. Mit diesem Buchgeld konnte ohne Abschlag und Wertverlust gezahlt werden und man konnte

Geld sogar versenden, ohne Räuber fürchten zu müssen; es war also besser als Bargeld aus Edelmetall, solange die Bankiers ehrlich und solvent blieben.

Das Buchgeld der Bankiers konnte auch geliehen werden. Die Kredite hatten dieselbe Wirkung wie das neue Gold und Silber aus den eroberten Kolonien: Die Wirtschaft florierte durch zusätzliches Geld aus den vergebenen Krediten, die Löhne und sonstigen Einkommen stiegen mit der Beschäftigung, aber die Güter wurden immer teurer. Sogar wenn die Bankiers ganz rechtschaffen und ehrbar Kredite nur an kreditwürdige Kunden gegen entsprechende Sicherheiten und Pfänder vergaben, das von ihnen geschöpfte Buchgeld und die ausgestellten Geldzettel also gut besichert und keinesfalls wertlos oder gar betrügerisch waren, kam es für die Bankiers zu einem Problem: Die blühende Konjunktur, die sie mit ihrer Kreditvergabe ermöglicht hatten, führte zu steigenden Preisen und damit zu Defiziten in der Handelsbilanz mit dem Ausland. Ein Defizit im Außenhandel musste mit dem Export von Edelmetall beglichen werden, so dass die Bankiers ihre Kundeneinlagen an Edelmetall an das Ausland verloren.

Schnell entdeckten die Bankiers, dass sich mit jeder Einschränkung der Kredite die Ökonomie in eine Krise stürzen ließ, so dass die Preise wie die Löhne wieder sanken, so dass die Preise wie die Löhne wieder sanken bis in der Handelsbilanz ein Überschuss verblieb und damit das Edelmetall wieder zu ihnen zurück floss. Mit jeder Krise waren sogar wertvolle Güter und Firmenanteile spottbillig zu haben und lästige Konkurrenten konnten in den Bankrott getrieben werden. Die Bankiers mussten also die Kredite immer wieder einschränken und verlegten sich daher auf kurzfristige Kredite wie den Wechseldiskont, weil sich jeder Kunde sein Geld von den Bankiers zu jeder Zeit in Gold auszahlen lassen konnte. Während bei zu vielen langlaufenden Krediten das Gold der Bankiers nicht mehr für alle Ansprüche ihrer Kunden gereicht hätte, konnte mit dem Wechseldiskont schnell auf einen drohenden Bankrun der Kunden reagiert werden. Sobald das Edelmetall von den Banken abfloss und eine Knappheit zu befürchten war, reduzierten die Bankiers ihre Kredite, erhöhten die Zinsen und stellten den Wechseldiskont ein, wodurch immer wieder Handelskrisen ausgelöst wurden. Ohne erneuerten Kredit von den Bankiers mussten die Kunden für anfallende Zahlungen ihr Edelmetall zu den Banken zur Gutschrift für den Zahlungsempfänger bringen, anstatt wie sonst üblich diskontierbare Wechsel auszustellen oder einen Kredit aufzunehmen, so dass die Goldreserven der Bankiers wieder rasch stiegen.

Die Klassiker und Neoklassiker haben diese historischen Erfahrungen mit den von den Banken ausgelösten Absatzkrisen ignoriert und behaupten einfach, dass sich mit der „Geldmenge" in einer Ökonomie lediglich die Preise ändern würden, ohne Auswirkungen auf

die Konjunktur und den Umfang der Produktion. Diesen Zusammenhang soll der für den VWL-Modellbau erfundene „Geldmarkt" darstellen, auf dem die Notenbanken angeblich diese „Geldmenge" steuern und damit die Inflation kontrollieren sollen. Dass durch restriktive Kreditvergabe Krisen und Deflation ausgelöst werden und eine expansive Geldpolitik die Konjunktur belebt, muss die VWL sogar ausdrücklich leugnen und bestreiten.

Die Formel für den angeblichen Zusammenhang von Geldmenge und Preisniveau lautet nach der Quantitätsgleichung(1) von Irving Fisher(2):

Geldmenge x Umlaufgeschwindigkeit = Preisniveau x reales BIP

$$G \times V = P \times Y$$

Die sogenannte Umlaufgeschwindigkeit ist weder zu messen noch nach anderen Verfahren zu bestimmen, außer dass man sie gerade passend zu der „Geldmenge" in der oben angegebenen Formel aus dieser berechnet. Wie die „Geldmenge" für den Zahlungsverkehr korrekt definiert wird, ist umstritten und lässt sich so wenig an der Realität überprüfen wie deren „Umlaufgeschwindigkeit"; nur dass eben das V immer passend zu G berechnet werden muss. Die Quantitätsgleichung ist daher empirisch nicht zu überprüfen, mit den passend ausgerechneten Größen immer „richtig" und grundsätzlich nicht falsifizierbar.

Der sogenannte Geldmarkt wird wie üblich als Diagramm dargestellt. Die Geldnachfrage steigt mit Y und mit dem Preisniveau, also mit dem Produkt PxY, während das Geldangebot einfach durch die Notenbank bestimmt ist. Weil das Geld auf die reale Größe Y keinen Einfluss haben soll, kann das Diagramm auf eine waagrechte Geldmengenachse und eine senkrechte Preisachse beschränkt werden. Dort schneidet dann eine von links unten (niedrige Geldmenge und Preise) nach rechts oben (hohe Geldmenge und Preise) steigende Nachfragegerade die irgendwo senkrecht auf der Geldmengenachse stehende Angebotsgerade. Das alles natürlich nur auf dem Papier oder an der Wand. Eine Geldhortung ist von Klassikern und Neoklassikern unter keinen Umständen vorgesehen, daher steigen die Preise genau mit der Menge des Geldes, jedenfalls in der Theorie.

Mit der Annahme, dass die Umlaufgeschwindigkeit unverändert bliebe, behaupten die VWL-Professoren einen kausalen Zusammenhang zwischen „Geldmengen" und Preisniveau, dass nämlich Inflation die Folge einer von der Notenbank fahrlässig zu sehr vermehrten Geldmenge wäre und ganz einfach mit einer richtigen „Geldmengensteuerung" zu verhindern wäre. Das ist selbstverständlich alles reinster Stuss.

Darauf werden wir unten im Zusammenhang mit dem Monetarismus näher eingehen. Hier ist nur noch wichtig, dass der „Geldmarkt" in vielen Darstellungen des neoklassischen Gesamtmodells über den Arbeitsmarkt an die übrigen Märkte angebunden wird, um eine höhere Komplexität dieses Gesamtmodells vorzugaukeln. Auf dem Arbeitsmarkt ist dabei der Nominallohn angegeben, der dann erst mit dem auf dem Geldmarkt von der Geldmenge bestimmten Preisniveau zum Reallohn wird. Eigentlich ist aber nach den neoklassischen Vorstellungen der Reallohn die auf dem Arbeitsmarkt verhandelte Größe und ein Nominallohn kommt dabei in der Modellvorstellung nicht vor.

Der Geldmarkt steht nach den Annahmen der Neoklassiker nicht in kausaler Verbindung zum Gütermarkt oder Arbeitsmarkt (auch nicht zum Kapitalmarkt), womit das Gesamtmodell sehr unterkomplex wird.

(1) http://de.wikipedia.org/wiki/Quantit%C3%A4tsgleichung
(2) http://de.wikipedia.org/wiki/Irving_Fisher

Transaktionskassen und Preise

Die absurde Geschichte geht so: Eine Erhöhung der Geldmenge führe zu einem Überschuss in der Transaktionskasse im Verhältnis zu den real geplanten Ausgaben und wegen des Realkasseneffekts zu einer steigenden Nachfrage mit steigenden Preisen. Die Haushalte zahlen den Überschuss aus ihrer Transaktionskasse nicht bei den Banken ein, die das Geld dann an die Zentralbank zurückreichen, wo es in der Papierpresse landet. Nein - die Haushalte geben so lange mehr Geld aus, bis die Preise gestiegen sind und der Überschuss in der Transaktionskasse zu den real geplanten Ausgaben mit der Inflation verschwunden ist.

Bei einem Rückgang der Geldmenge in der Transaktionskasse sinken angeblich die Ausgaben und Preise bis die Geldmenge wieder zu den realen Transaktionen passt. Wie es zu einem offenbar ungewollten Rückgang der Kassenbestände gekommen sein soll, bleibt ungeklärt. Bei den Monetaristen steuert ja die Notenbank die Geldmenge und hat wohl durch einen uns unbekannten Mechanismus das Geld in den Transaktionskassen verringert.

Im VWL-Modell werden selbst am angeblichen Kapitalmarkt nur Beteiligungen gehandelt, so dass Kassenbestände dort weder angelegt noch ergänzt werden könnten. Es ist also im absurden Modell der VWL tatsächlich so, dass eine ungewollte Änderung der Kassenbestände in der Ökonomie nur durch eine Inflation oder Deflation der gesamten Preise der Ökonomie korrigiert werden könnte. Und zu genau diesem Zweck wird dann

kurzfristig das Postulat der Neutralität des Geldes ausgesetzt, damit die Änderung der Geldmenge sich über die Änderung der Nachfrage auf die Preise auswirken kann.

Diese merkwürdige Geschichte findet sich vor allem bei den Monetaristen, weil doch die umlaufende Geldmenge einen Einfluss auf die Preise haben soll. Dabei wurde glatt übersehen, dass es in einer Ökonomie außer dem Bargeld in den Kassen noch so etwas wie Geldvermögen und Schulden gibt. Die Beziehung zwischen den Kassenbeständen und den Geldvermögen oder Schulden ist sehr eng, weil die Kassenbestände jederzeit durch Ein- und Auszahlungen an den realen Bedarf angepasst werden können und nicht durch vermehrte oder verminderte Käufe.

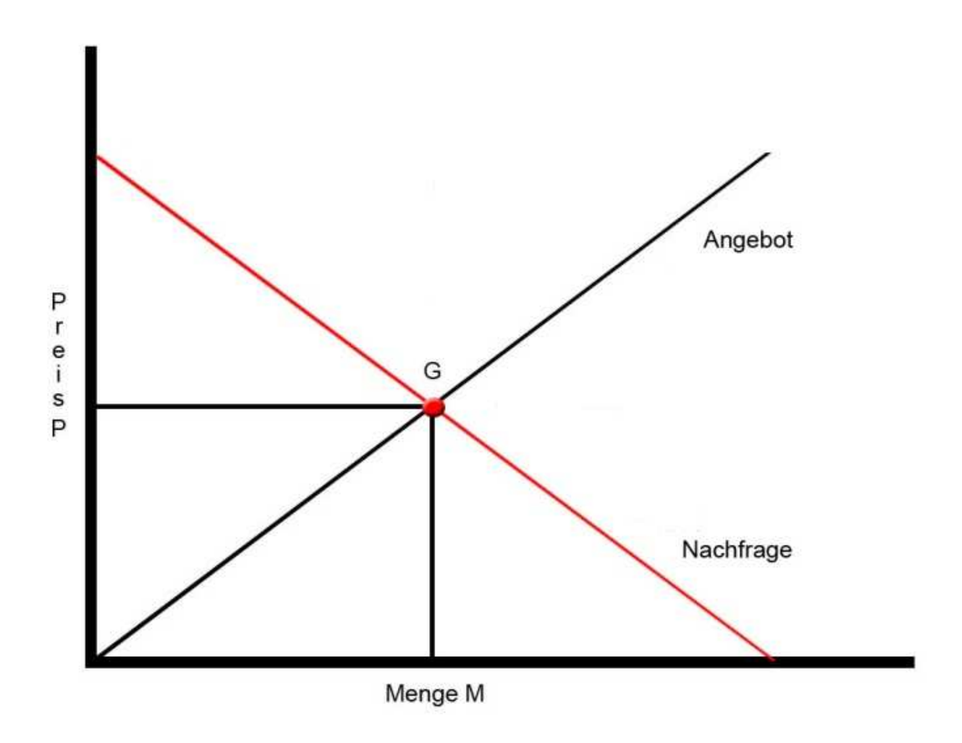
In der Realität gehen die Leute natürlich zur Bank und zahlen den Überschuss aus ihrer Transaktionskasse im Verhältnis zu den geplanten Ausgaben dort ein oder sie lassen sich das in der Transaktionskasse für die geplanten Ausgaben fehlende Geld von ihrem Konto auszahlen. Nur gibt es dann keine Erklärung für den angeblichen Zusammenhang zwischen einer steigenden oder fallenden Geldmenge und steigenden oder fallenden Preisen. Der angebliche Realkasseneffekt ist der benötigte Transmissionsmechanismus für die Geldmengentheorie und deswegen müssen die Studenten glauben, dass eine irgendwie ungewollt gestiegende oder gesunkene Geldmenge in den Transaktionskassen zu wesentlich steigender oder sinkender Güternachfrage und entsprechend steigenden oder fallenden Preisen führt.

Der Saldo zwischen Geldvermögen und Schulden ist Null, die Menge der Geldvermögen und Schulden kann also die Güternachfrage nicht beeinflussen. Anders ist es mit der Höhe der Zinsen. Eine Erhöhung der Zinsen führt zu verstärktem Sparen, also zu weniger Nachfrage sowohl der Schuldner, die ihre Schulden verringern möchten, wie der Eigentümer der Geldvermögen, die ihre Geldvermögen vermehren wollen. Der Saldo bleibt Null, aber die Güternachfrage bricht ein und damit kommt es zu sinkenden Preisen. Umgekehrt lässt eine Senkung der Zinsen die Gläubiger weniger sparen und die Schuldner leichter neue Schulden aufnehmen. Die Nachfrage nach Gütern steigt und damit auch die Preise.

Das Fallen und Steigen der Preise lässt sich also mit der Zinspolitik leicht und verständlich erklären, während ein Erklärungsversuch mit der Geldmenge nicht überzeugt.

(1) http://de.wikipedia.org/wiki/Realkasseneffekt

Warum eine Makroökonomie mit Geld kein Gleichgewicht findet



In der nebenstehenden Abbildung sehen Sie das Ökonomen-X oder Marshall-Kreuz, mit dem für alle Märkte das berüchtigte Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage im Punkt G dargestellt wird. Wir haben also eine mit dem Preis steigende Angebotskurve und eine mit steigenden Preisen fallende Nachfragekurve. In einfachen Fällen kann es sich auch um zwei Geraden handeln, wie in der gewählten Abbildung, das ändert am Prinzip des Sachverhalts nichts.

Im Punkt G ist der Markt im sogenannten Gleichgewicht, weil jeder Anbieter, der mindestens den Preis G erhalten wollte, einen Käufer gefunden hat, der höchstens den Preis G bezahlen wollte; der Markt ist geräumt und es bleiben rechts von G die Anbieter, denen der Preis zu niedrig war, und links von G die potenziellen Käufer, denen der Preis zu hoch war.

Es ist die mikroökonomische Betrachtung: Käufer und Verkäufer gehen anschließend mit der Ware und dem Geld heim.

Besser kann es also zur allgemeinen Zufriedenheit nicht laufen, als dass Käufer und Verkäufer einen Preis finden, zu dem jeder der will kaufen und verkaufen kann; der Markt ist geräumt. Weil das so schön ist, suchen die VWL-Professoren auch bei ihren makroökonomischen Untersuchungen nach dem allgemeinen Gleichgewicht, das es in einer Makroökonomie mit Geld und Kredit aber grundsätzlich nicht geben kann.

Bei einer makroökonomischen Betrachtung wären die Käufer gleichzeitig Verkäufer anderer Güter und würden mit den Einnahmen aus ihren Verkäufen zahlen. Es gäbe kein Gleichgewicht bei einem bestimmmten Preis, denn höhere Preise würden zu höheren Einnahmen führen, mit denen die Käufer diese höheren Preise zahlen könnten. In Erwartung steigender Preise würden die Käufer auf Kredit immer noch mehr kaufen wollen und so die Preise weiter treiben. Bei einer Deflation dagegen führen sinkende Preise zu sinkenden Einnahmen und dem Versuch, mehr zu verkaufen und selber mit Käufen zu warten, was den Fall der Preise verstärkt. Es kommt in einer Makroökonomie mit Geld zu keinem Gleichgewicht, sondern entweder steigen die Preise und Umsätze oder sie fallen immer schneller. Nur die Geldpolitik kann gegen die Marktkräfte eine optimale Auslastung der Ökonomie anstreben, was im VWL-Modellbau aber kein Thema werden darf und abgestritten wird.

Bei makroökonomischer Betrachtung ist das Ökonomen-X also falsch und wir erhalten kein Marktgleichgewicht!

Sich verschärfendes Ungleichgewicht trotz „Angebot = Nachfrage“

Ohne Geldvermögen und Schulden wäre der Gütermarkt immer und überall im Gleichgewicht. Denn das Einkommen ist gleich der Nettoproduktion und die Summe der Ausgaben ist in der Makroökonomie gleich der Summe aller Einnahmen, so dass die Ausgaben genau der Nettoproduktion entsprechen.

Falls ein Unternehmen in einem Zeitraum mehr produziert hat, als es verkaufen konnte, ist es zu einer ungeplanten Lagerinvestition gekommen; diese kann das Unternehmen mit einer Einschränkung der Produktion sofort ausgleichen, andernfalls ist das Unternehmen selbst der Käufer seiner nicht abgesetzten Güter. Können überschüssige Güter überhaupt nicht mehr abgesetzt werden, zählen sie nicht zur Nettoproduktion, sondern zu den üblichen Reibungsverlusten. Im Prinzip müssen Unternehmen immer zusehen, dass sie nur das produzieren, was sich verkaufen lässt, in einem Boom wie in einer Krise. Eine Absatzkrise führt also nicht zu steigenden Lägern, sondern zu sinkender Produktion.

Für jede Höhe der Einkommen ist die Nachfrage gleich dem Angebot, aber das Theorem von Say, wonach es keine Absatzkrisen geben könne, ist falsch. Auch die Behauptung, dass der Gütermarkt von selbst zu einem Gleichgewicht strebe, ist falsch.

Das im VWL-Modellbau gezielt übersehene Geld sorgt für ein sich immer selbst verstärkendes Ungleichgewicht. Eine Inflation verstärkt die Güternachfrage und damit wieder die Inflation, weil das Halten von Geld bei steigenden Preisen einen realen Verlust bedeutet. Bei einer Deflation werden Käufe eingeschränkt, um lieber das in seiner Kaufkraft steigende Geld zu halten, wodurch die Preise immer mehr sinken müssen. Nur die Geldpolitik kann mit niedrigen oder hohen Zinsen und mit Defiziten oder Überschüssen des Staates gezielt gegen die Marktkräfte ein Gleichgewicht herstellen und Produktion und Auslastung der Ökonomie in einem optimalen Bereich halten.

Besonders die immer wieder von den VWL-Professoren geforderte Senkung der Löhne bei Krise und Arbeitslosigkeit würde eine eingetretene Absatzkrise mit sinkenden Preisen und weiter sinkender Nachfrage prozyklisch verschärfen.

In Modellen mit einem Modellgeld, das lediglich als Tauschmittel dient und nicht zu Geldvermögensbildung und Verschuldung, kann die ökonomische Realität grundsätzlich nur falsch dargestellt sein. Denn die Schulden und die Geldvermögen sind der Grund für eine **im inflationären Boom immer weiter steigende oder in der deflationären Depression immer mehr sinkende Nachfrage und damit für das sich durch die ungehinderten Marktkräfte verstärkende Ungleichgewicht**. Konjunkturzyklen und Krisen haben in der Regel monetäre Ursachen!

Die realen Märkte finden von selber nicht in ein Gleichgewicht, sondern entfernen sich immer mehr davon!

Das Wunder vom Ungleichgewicht auf dem Gütermarkt bei Klassikern und Neoklassikern

Da für die Klassik und die Neoklassik das Say'sche Theorem gelten soll, müsste auf dem Gütermarkt an jeder Stelle immer ein Gleichgewicht von Güterangebot und Güternachfrage herrschen. Denn jedes Angebot schaffe sich seine Nachfrage und es gäbe ja auch gar keine unbeschäftigten Arbeiter als Folge einer nicht ausreichenden Produktion, mit denen diese Produktion ausgeweitet und auf der Y-Achse in ein Gleichgewicht gebracht werden könnte.

Wundern Sie sich nicht, wenn ein Professor trotzdem Schaubilder mit Gleichgewichtskurven auf dem Gütermarkt an die Wand blendet und deren Schnittpunkte diskutieren will. Wenn Ihnen die fortlaufende Beleidigung der menschlichen Intelligenz und die Missachtung der

einfachsten Logik zuwider sind, sollten Sie sich lieber mit Theologie statt mit Volkswirtschaftslehre beschäftigen.

Mehr lässt sich zu dem plötzlichen Wunder vom Ungleichgewicht auf den Gütermärkten der Klassik und Neoklassik eigentlich nicht sagen. Aber erwarten Sie bitte nicht, dass Sie als Student ihren Professor mit diesem Widerspruch konfrontieren und eine vernünftige Antwort erhalten können. Die Professoren lehren nur die Theorien der Klassik und Neoklassik und Sie haben diese Theorien in der Prüfung entsprechend darzulegen, in allen den Studenten niemals erklärten Widersprüchen und Ungereimtheiten. Mit dem Bastardkeynesianismus, der an den Universitäten gelehrt wird, kommt es nicht besser, wir werden den später auch noch behandeln. Sie wissen hoffentlich, wo Sie sich exmatrikulieren können.

Warum das „Gesetz von Walras" den Kapitalmarkt nicht betrachten will

Das Gesetz von Walras(1) behauptet, dass in einem Gesamtmodell mit n zusammenhängenden Teilmärkten nur n-1 Märkte näher betrachtet werden müssten. Sind diese n-1 Märkte im Gleichgewicht, dann befindet sich auch der letzte Markt (n) im Gleichgewicht. Aber eben nur dann!

Mit diesem Walras-Gesetz wird im klassischen und neoklassischen Gesamtmarktmodell die Betrachtung des Kapitalmarkts für unnötig erklärt. Den Fall, dass die n-1 Märkte nicht im Gleichgewicht sind und der n-te Markt dafür verantwortlich sein könnte, haben die Professoren mit ihrer eigenartigen Logik generell ausgeschlossen.

Aber warum so faul? Wollen wir ökonomische Zusammenhänge studieren, dann könnte die Betrachtung des Kapitalmarkts ganz überraschende Erkenntnisse vermitteln, auf die wir doch nicht verzichten möchten, oder? **Dann könnten wir doch ebenso fordern, dass der Arbeitsmarkt nicht näher untersucht werden sollte. Das würde gleich der Behauptung der Ökonomen, in den Krisen solle die Arbeitslosigkeit durch Lohnsenkungen überwunden werden, jede Grundlage entziehen.** Denn aus dem Gesetz von Walras folgt ja ganz klar, dass ohne Beachtung des Arbeitsmarktes (mit womöglich überhöhten Löhnen) ein allgemeines Gleichgewicht allein durch ein Gleichgewicht auf den n-1 andern Teilmärkten zu realisieren sein müsste. An den Löhnen kann es also gar nicht liegen.

Dafür würde eine Betrachtung des Kapitalmarkts womöglich ergeben, dass in den Krisen nur die Zinsen gesenkt werden müssen, damit die Fabriken wieder voll ausgelastet produzieren können. Selbstverständlich sind genau diese Schlussfolgerungen nicht erwünscht, weshalb eben mit Walras der Kapitalmarkt aus der Betrachtung genommen wird.

Wir haben es beim Walras-Gesetz selbstverständlich wieder mit einem billigen Trick der VWL-Professoren zu tun, Studenten und Publikum über einen Fehler im Modell zu täuschen. Das lässt sich auch recht schnell und einfach erklären.

Die Klassiker und Neoklassiker behaupten einerseits mit Say, dass es nie Absatzkrisen geben könne, und andererseits soll gelten, dass die Märkte von selber zu einem Gleichgewicht fänden. Auf dem Gütermarkt müssten sich Angebot und Nachfrage **immer** im Gleichgewicht befinden, wenn das Say'sche Theorem gelten soll. Im Gesamtmodell der Klassik und der Neoklassik würde der wichtigste Markt im ewigen Gleichgewicht schweben und auch der geduldigste Student müsste jede weitere Erörterung des Allgemeinen Gleichgewichts ohne den Gütermarkt für Zeitvergeudung halten. Ist der Gütermarkt nach Say im Gleichgewicht, so müsste der Arbeitsmarkt ebenfalls im Gleichgewicht sein, oder die Logik würde verlangen, dass es ein allgemeines Gleichgewicht nicht geben kann.

Aus diesem Grund mussten Klassiker und Neoklassiker dem Gütermarkt eine neue Gleichgewichtsbedingung suchen und diese wurde mit dem Angebot und der Nachfrage von Ersparnissen gefunden. Der Gütermarkt, so schon die Klassiker, wäre also im Gleichgewicht bei jenem Zinssatz, zu dem das Angebot an Ersparnissen genau die Nachfrage nach Ersparnissen zu eben jenem Zinssatz bedient.

Damit ist der Gütermarkt für die Analyse der Bedingungen für ein Gleichgewicht im Gesamtmarktmodell gerettet. Allerdings auf Kosten des Kapitalmarkts, denn Angebot und Nachfrage von Ersparnissen wären eigentlich dort das Thema.

Die VWL-Professoren haben also nur für zwei von drei Teilmärkten eine Gleichgewichtsbedingung und müssen entweder ihr Gesamtmarktmodell in die Tonne klopfen oder mit dem Walras-Gesetz den Studenten erklären, warum sich die Betrachtung des Kapitalmarkts jetzt erübrigt habe, damit das niemand merkt. Die Studenten haben sich wohl immer gefreut, sich dank dieser großartigen Idee von Walras die Mühe mit dem Kapitalmarkt sparen zu können und sind nicht weiter misstrauisch gewesen. Dabei könnte man sich den Beweis mit dem Gleichgewicht bei nur zwei Gleichgewichtsbedingungen für drei abhängige Teilmärkte nach Walras noch einfacher machen: Da wäre mit n-1 überhaupt nur noch ein einziger Teilmarkt zu betrachten. Der vierte Teilmarkt des VWL-Modellbaus,

der Geldmarkt, steht ja wegen der Neutralität des Geldes in überhaupt keinem kausalen Zusammenhang zu den anderen Teilmärkten. Wir könnten einfach darauf bestehen, überhaupt nur den Kapitalmarkt näher zu untersuchen (alles nur ein Scherz, ganz ehrlich).

(1) http://de.wikipedia.org/wiki/Walras-Gesetz

Der VWL-Gütermarkt handelt mit Worten

In der klassischen Vorstellung ist das Thema am einfachsten zu diskutieren, aber es gilt auch für das neoklassische und bastardkeynesianische Modell: Mit der Diskussion des Gleichgewichts von Sparen und Investieren am Gütermarkt ist seit den Klassikern die Vorstellung von „Ersparnissen" in realer Gestalt verbunden, die an diesem Markt von den Haushalten angeboten und von den Unternehmen zum Zweck ihrer Kapitalbildung nachgefragt werden.

Diese „Ersparnisse" bestehen aber tatsächlich nur aus Worten und sind ein Begriff ohne materielle Gestalt. Es handelt sich nämlich bei den sogenannten „Ersparnissen" nur um ein anderes Wort für die Nettoinvestition der Ökonomie und kein davon unabhängiges Ding. Die Ersparnis ist die Nettoinvestition aus einem anderen Blickwinkel betrachtet.

In der Wirklichkeit verhält es sich so, dass die Geldpolitik die Auslastung der Ökonomie durch Konsum und Investitionen bestimmt. Es gibt also kein „Angebot von Ersparnissen" und auch keine Nachfrage nach diesen Ersparnissen mit einem Gleichgewichtszins, sondern eine mehr oder weniger große Auslastung des Produktionspotenzials durch Konsum und Investition. Mit einer expansiven oder restriktiven Geldpolitik lässt sich der Auslastungsgrad steuern, so dass die Auslastung optimal ist, aber auch so, dass es entweder eine Inflation oder eine Rezession oder gar Depression mit Deflation gibt. Aber von der Wirklichkeit ist in der VWL keine Rede, darum gleich weiter mit dem Modellbau.

Ersparnis und Investition sind eine Tautologie

Die Unternehmen investieren einen Teil der Nettoproduktion in zusätzliche Produktionsmittel, wenn sie die Produktion rationalisieren oder ausweiten möchten. Wir erhalten die folgende Gleichung mit Y für die Nettogesamtproduktion und K für Konsumgüter und I für die Investition:

$$Y = K + I$$

Im gleichen Zeitraum gilt selbstverständlich, dass die Differenz zwischen Y und K die „Ersparnis" (S) der Ökonomie ist:

$$Y - K = S$$

Womit wir die folgende Tautologie erhalten:

$$S = I$$

Nun ist es eine Spezialität des VWL-Modellbaus, Tautologien als Bedingung für sein Gleichgewicht der Märkte zu diskutieren. Die alten Klassiker haben sich das schon so vorgestellt, dass die Haushalte ihre laufenden Ersparnisse den Unternehmen für Investitionen anbieten und mit dem Zins für ihre Enthaltsamkeit vom Konsum belohnt und entschädigt werden. Das Gleichgewicht wurde dann durch den Zins bestimmt, bei dem die Haushalte genauso viele Ersparnisse angeboten haben, wie zu diesem Zins von den Unternehmen nachgefragt wurden.

Noch vor wenigen Jahrzehnten war diese Darstellung verbreitet, bis sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass ein Abweichen der Ersparnis S von der Investition I ja überhaupt niemals möglich ist. Es gilt immer S = I weil ja ganz trivial immer K = K und Y = Y gelten muss, was die Ökonomen aber einige Zeit und Geisteskraft gekostet hat.

Das Gütermarktgleichgewicht als Hirngespinst

Mit der Erkenntnis, dass es sich bei Ersparnis und Investition um eine Tautologie handelt, war der VWL-Modellbau wieder so weit wie mit dem Say'schen Theorem, dass ein Ungleichgewicht auf dem Gütermarkt gar nicht auftreten kann. Damit wäre der umständliche VWL-Modellbau über das Thema, wie die Märkte immer wieder ganz von selber in ein wunderbares Gleichgewicht finden, völlig ohne jeden Sinn.

Aber man soll die Professoren nicht unterschätzen. In größter Not ist ihnen ein genialer Gedanke gekommen, wie das Gütermarktgleichgewicht jetzt doch noch zu diskutieren wäre, nämlich als reines Hirngespinst von geplanter Ersparnis und geplanten Investitionen. Die Bedingung für das wunderbare Gleichgewicht am Gütermarkt lautet demnach:

$I^* = S^*$

(mit I^* = geplanter Investition und S^* = geplanter Ersparnis)

Die Sache hat nur zwei Schönheitsfehler: Niemals und mit keiner Methode kann festgestellt werden, ob sich der Gütermarkt nun gerade in einem Gleichgewicht dieser „geplanten" Investitionen und Ersparnisse befindet oder nicht. Das ist der erste Fehler und wäre noch nicht so schlimm.

Vor allem aber gilt, dass sämtliche Haushalte wie Unternehmen für die Planung ihrer Investitionen und Ersparnisse die genaue Vorhersicht der Entwicklung der Ökonomie haben müssten, um dann genau den Umfang an Ersparnis und Investition zu planen, der die Bedingung für das Gleichgewicht des Gütermarktes erfüllt.

Das kann die Professoren aber nicht abhalten, die längsten und schönsten Gleichgewichtskurven zu malen, in denen sich die „geplanten" Ersparnisse mit den „geplanten" Investitionen im Gleichgewichtszinssatz schneiden. Wozu besitzen die Studenten denn ihre Phantasie und Vorstellungskraft?

Im Gegensatz zu VWL-Professoren würden Theologen vermutlich sofort kapieren, dass die Grundbedingung dieses geplanten Gleichgewichts auf dem Gütermarkt ohne jeden Zweifel der göttlichen Vorhersehung der ökonomischen Entwicklung bedürfe und damit für alle Sterblichen immer unerfüllt bleiben muss.

Die Gleichgewichtsbedingung für den Gütermarkt, dass geplante Ersparnisse und geplante Investitionen jemals übereinstimmen, muss wegen der dafür erforderlichen totalen Vorhersehbarkeit der ökonomischen Entwicklung durch alle Beteiligten als grundsätzlich unerfüllbar angesehen werden.

Konjunkturgleichung und monetärer Konjunkturmechanismus

Die Volkswirtschaftslehre verwirrt ganz gezielt und beabsichtigt ganz verschiedene Arten des Sparens. Dem Publikum ist in der Regel das Sparen von Geld geläufig und es meint überwiegend auch das Geldsparen, wenn von Sparen die Rede ist. Das Publikum versteht unter Sparen in der Regel Einnahmeüberschüsse, also weniger Geld ausgeben, als man eingenommen hat. In einer Volkswirtschaft kann der Reichtum durch das Sparen von Geld jedoch nicht steigen, weil ein Sektor der Ökonomie nur Einnahmeüberschüsse erzielen

kann, wenn ein anderer Sektor in genau dieser Höhe Ausgabenüberschüsse tätigt. Es gilt ja immer Schulden = Forderungen, steigende Geldvermögen sind also nur mit steigender Verschuldung möglich und der Saldo bleibt immer Null.

Der Reichtum einer Volkswirtschaft kann nur durch einen (ausgelasteten) Kapitalstock steigen. Das Sparen einer Volkswirtschaft erfolgt also mit Nettoinvestitionen zur Vergrößerung des Kapitalstocks wie Gebäude, Maschinen, Vorräte. Ein Wachsen des Kapitalstocks erfordert ein wachsendes Sozialprodukt zu dessen Auslastung. Ein Konsumverzicht wäre nur in einem Ausnahmefall sinnvoll, wenn die Ökonomie in voller Auslastung an der Grenze des Produktionspotentials produziert und der Konsum weniger werden muss, um zusätzliche Investitionen zu ermöglichen.

Wegen des mikroökonomischen Denkens der Mehrheit des Publikums ist die falsche Vorstellung verbreitet, dass auch in einer Krise, also bei Unterauslastung des Kapitalstocks, hart gespart werden müsse, damit dann mehr investiert werden könne. In allen diesen Fällen werden Investitionen nicht zu einem wachsenden Kapitalstock führen, also keine Nettoinvestition werden, sondern höchstens konkurrierendes Kapital vernichten. Konsumverzicht ist also in aller Regel genau die falsche Maßnahme, um die volkswirtschaftliche Ersparnis (= Nettoinvestition) zu erhöhen. Der mikroökonomisch denkende Mensch kapiert das nicht, weil für ihn privat durch Konsumverzicht immer eine höhere Ersparnis aus seinem Einkommen erzielt werden kann, solange er noch ein Einkommen hat.

Das Sparen von Geld erfordert immer eine zusätzliche Verschuldung; das Sparen der Privaten erfordert die wachsende Verschuldung der Wirtschaft oder des Staates (vom Ausland wollen wir zur Vereinfachung absehen). Das ist im Prinzip ganz einfach zu verstehen:

Schulden = Geldvermögen

Geldvermögen ist hier allein im Sinne von Geldforderungen gebraucht, also ohne Aktien und andere Verwirrspiele. Die VWL hat diese **Konjunkturgleichung** bis heute ganz übersehen. Denn aus dieser ganz trivialen saldenmechanischen Gleichung erhalten wir **die Erklärung für den monetären Konjunkturmechanismus**:

Wenn der Staat sich nicht verschuldet (weil die VWL-Professoren den Haushaltsausgleich in der Krise fordern) dann kann der Sektor Private (Haushalte und ihre Unternehmen) im Saldo kein Geld sparen.

Ohne Staatsverschuldung muss der Sektor der Privaten (Haushalte und ihre Unternehmen) so stark verarmen, dass ihm keine Nettoersparnis von Geld mehr möglich ist. Je mehr sich der Staat verschuldet, desto weniger muss der Sektor der Privaten in einer Krise verarmen. Das Einkommen des Sektors Privat wird also durch die Verschuldung des Staates beschränkt, das ist die ganze Grundlage des monetären Konjunkturprozesses und des Multiplikators nach Keynes.

Die monetäre Krisenfalle

In einer Makroökonomie muss immer gelten:

Ausgaben => Einnahmen

Das erscheint zunächst trivial, ist es aber nicht. Ihre Ausgaben sind meine Einnahmen und meine Ausgaben sind Ihre Einnahmen. Die Einkommen in einer Ökonomie entstehen durch die Ausgaben in dieser Ökonomie und sind in jedem Zeitraum T(1,2,3...) genau gleich. Damit die Ökonomie nicht schrumpft, real wie nominal, müssen im Zeitraum T(2) die Ausgaben und Einnahmen mindestens so hoch sein wie im vorangegangenen Zeitraum T(1).

Einnahmen = Ausgaben

Nun kann es sein, dass ein Teil der Haushalte aus seinem Einkommen einen Überschuss an Geld erhalten will, er senkt also die Ausgaben unter die Einnahmen und erzielt so einen Einnahmeüberschuss. In einem Land mit größerem Wohlstand ist das immer leicht möglich, seine Ausgaben unter die Einnahmen zu senken. Wie wir oben sehen ist ein Einnahmeüberschuss eines Teils der Haushalte (Sektor A) jedoch nur möglich, wenn es gleichzeitig einen Ausgabenüberschuss anderer Haushalte (von Privaten oder Staat: Sektor B) gibt. Es gilt immer:

Einnahmeüberschuss (Sektor A) = Ausgabenüberschuss (Sektor B)

Die beliebte Vorstellung der Schwäbischen Hausfrauen unter unseren Politikern, dass die Wirtschaft reibungslos läuft, wenn jeder sparsam ist und nicht mehr ausgibt, als er einnimmt, die Privaten wie der Staat, führt auf dem direkten Weg in eine mörderische deflationäre Depression. Das wird selbstverständlich von den Massenmedien angeheizt und sie können jede Wirtschaftskrise ganz ohne jede Statistik des BIP schon allein daran

erkennen, dass die Massenmedien, Politiker und VWL-Professoren ständig das Sparen fordern und die Krise damit begründen, dass unverantwortliche Leute und die Regierung über ihre Verhältnisse gelebt hätten und ihre Ausgaben ständig ihre Einnahmen überstiegen.

Genau dies, dass alle sparen wollen und niemand mehr ausgeben will, als er einnimmt, ist die Ursache der Depression der Wirtschaft. Denn jetzt, wenn der Sektor B seine Verschuldung auf Null zu senken versucht, muss die Wirtschaft so stark einbrechen, dass die Einkommen des Sektors A so niedrig sind, dass niemandem mehr Geld zum SPAREN übrig bleibt. Der gesamte Wohlstand dieser Ökonomie muss verschwinden, die Menschen müssen verarmen, damit den Leuten nur noch das Nötigste zum Leben bleibt und fast niemand mehr seine Ausgaben unter die Einnahmen zu senken vermag. **Das und nur das ist die Ursache der Krisen.**

Der Staat kann für den Sektor B einspringen und durch seine Verschuldung die Verarmung der Ökonomie aufhalten. Verschuldet sich der Staat, dann können die Privaten noch ein entsprechend höheres Einkommen erzielen, das ein Sparen von Geld (Einnahmeüberschüsse) im Umfang des Staatsdefizits zulässt. Verschuldet sich der Staat nicht, dann muss die Ökonomie so schlecht laufen und die Bürger müssen so sehr verarmen, **dass im Saldo jeder sein ganzes Geld ausgeben muss und kein Einnahmeüberschuss mehr gebildet werden kann**.

Die monetäre Ursache der Krisen ist also ganz einfach, aber erklären Sie das einmal den nur mikroökonomisch denkenden Bürgern und unseren Schwäbischen Hausfrauen in der Regierung. Und raten Sie mal, warum unsere sogenannte Wirtschaftswissenschaft diese Ursache aller Absatzkrisen noch nicht entdeckt hat und Sie bei einem VWL-Studium davon nichts erfahren.

Die keynesianische Sparfunktion und der Multiplikator

Im folgenden Kapitel ist von Einnahmeüberschüssen die Rede, also vom Sparen von Geld. Bei den VWL-Professoren ist dagegen nie klar, von welchem "Sparen" sie denn gerade reden, wenn sie die Sparfunktion von Keynes behandeln. Ein Sparen in Gestalt von Nettoinvestitionen bei einem wachsenden Kapitalstock ist in einem Boom möglich und dann gibt es auch keinen Multiplikator für hohe Staatsdefizite, sondern höhere Inflation. Wir behandeln aber hier die Unterauslastung des Kapitalstocks in Krisenzeiten, in denen das Staatsdefizit eine hohe Multiplikatorwirkung für die reale Güternachfrage und Produktion hat.

Von Keynes haben die Ökonomen dessen These übernommen, dass die Ersparnis in einer Ökonomie eine Funktion des Einkommens ist. Steigende Einkommen sind also mit einer höheren Ersparnis verbunden. Wird diese Sparfunktion graphisch dargestellt, dann haben wir ausgehend vom Nullpunkt (Einkommen = 0) bis zum Punkt A (alles Einkommen wird für den Konsum ausgegeben) eine negative Ersparnis, die Leute leben also von ihren Ersparnissen und geben mehr aus als sie verdienen.

Für die höheren Einkommen rechts vom Punkt A können wir nun eine Konsum- und Sparquote annehmen, zum Beispiel dass 80% des zusätzlichen Einkommens für den Konsum ausgegeben und 20% gespart wird. Natürlich wäre es auch denkbar, dass die Sparquote selbst mit stark steigenden Einkommen wächst und dann 30% oder 40% und mehr des zusätzlichen Einkommens beträgt. Vor allem ist zu berücksichtigen, dass in einer Ökonomie die Einkommen nicht gleich verteilt sind und so die Sparquote der gesamten Ökonomie auch von der Einkommensverteilung abhängt: Je höher die Einkommensquote der Reichen, desto höher die Ersparnisse der gesamten Ökonomie.

Während die Ökonomen soweit der Darstellung von Keynes folgen, hapert es bei ihnen mit den ganz trivialen Schlussfolgerungen. Daher will ich hier zeigen, wie das Einkommen einer Ökonomie von der möglichen Ersparnis und damit auch von den Staatsausgaben und vor allem dem Deficit Spending des Staates abhängt.

In einer Wirtschaftskrise haben wir eine starke Unterauslastung des Produktionspotentials und daher keine Nettoinvestition in einen wachsenden Kapitalstock. Deshalb muss auch die Ersparnis des privaten Sektors (Haushalte und private Unternehmen) in der Summe Null sein oder wegen der Kapitalvernichtung durch Unterauslastung sogar negativ. Daraus ergibt sich, dass das gesamte Einkommen (BIP/GDP) der Ökonomie sinken muss und zwar mindestens auf den Punkt A und sogar links davon. Denn rechts von diesem Punkt A würde ja zusätzlich aus den erzielten Einkommen gespart werden, was aber makroökonomisch gar nicht möglich ist.

Tatsächlich sorgen in Wirtschaftskrisen die einbrechenden Gewinne, die Verluste aus den laufenden Geschäften und die Vernichtung von Kapital für stark fallende Einkommen der Ökonomie. Die letzten laufenden Ersparnisse von Rentiers fallen wenn nötig noch dem Crash der Banken zum Opfer, bis eben tatsächlich das Einkommen in der Ökonomie (BIP/GDP) auf den Bereich links von Punkt A gesunken ist. Durch große Kapitalverluste könnte es sogar zu einem negativen GDP unter dem Nullpunkt kommen, wenn das die Statistiker entsprechend berechnen würden.

Falls die Ökonomie sich in einer schweren Wirtschaftskrise befindet, in der mangels Auslastung des Produktionspotentials keine reale Ersparnis durch Nettoinvestitionen möglich ist, wäre die einzig mögliche Ersparnis noch durch steigende Geldvermögen möglich. Wir beginnen die Betrachtung ohne Staat und damit ohne Staatsverschuldung (und zur Vereinfachung ohne das Ausland). Offensichtlich muss das Einkommen des Sektors Privat so tief fallen, dass keine Nettoersparnis mehr erfolgt:

$$Y = A$$

Bis jetzt haben wir nur die privaten Haushalte betrachtet und wollen nun den Sektor Staat in unsere Überlegungen einbeziehen. Der Staat erhebt von den Privaten Steuern und senkt damit das verfügbare Einkommen, aus dem die Privaten sparen können. Wir erhalten nun das überraschende Ergebnis, dass das von der Sparfunktion abhängige Gesamteinkommen (BIP/GDP) um den Gesamtbetrag der Steuern T wächst, sofern die Staatsausgaben gleich den gesamten Steuereinnahmen sind, der Staat also nicht spart.

$$Y = A + T$$

Die Staatsausgaben, finanziert durch Besteuerung, haben in diesem Fall einen **Mulitplikator von 1**. Jeder zusätzlich durch Besteuerung eingenommene und wieder ausgegebene Euro ermöglich ein Wachstum der Ökonomie um genau diesen Euro.

Steuersenkungen in Krisen sind also krisenverschärfend!

Was die VWL-Professoren im Gegensatz zu ihrem Publikum auch genau wissen, deshalb fordern sie ständig in Krisen Steuersenkungen und Ausgabenkürzungen.

Kommen wir zum staatlichen Deficit Spending, wobei eine Konsumquote von 80% des zusätzlichen Einkommens gelten soll:

Der Staat erhöht also seine Ausgaben G über seine Einnahmen T hinaus auf Kredit. Wir befinden uns gemäß unseren Annahmen immer noch in einer schweren Krise, das Produktionspotential ist nicht ausgelastet, es gibt keine Nettoinvestition und keine Nettoersparnis dieser Ökonomie. Die Privaten können jetzt aber in Höhe des Deficit Spending durch den Staat zusätzliche private Ersparnisse bilden und deshalb können die Einnahmen in der Ökonomie entsprechend steigen. Bei einer Sparquote von 20% gilt für das Einkommen der Ökonomie:

$$BIP/GDP = Y = A + T + 5x(G - T)$$

Wir erhalten also einen **Multiplikator für zusätzliche und kreditfinanzierte Staatsausgaben in der Höhe eines Faktors von 5**: Für jeden zusätzlich vom Staat auf Kredit ausgegebenen Euro kann das Einkommen der Ökonomie (BIP/GDP) um 5 Euro steigen.

Aus genau dem Grund fordern VWL-Professoren in Wirtschaftskrisen immer einen krisenverschärfenden Haushaltsausgleich, einen Abbau der öffentlichen Defizite oder gar einen Abbau der Staatsverschuldung durch Überschüsse im Haushalt. Denn für jeden eingesparten Betrag im öffentlichen Haushalt muss die Ökonomie das um den Multiplikator gesteigerte Vielfache der Einsparungen an BIP/GDP verlieren. Das Einkommen der Privaten sinkt in unserem Beispiel um das Fünffache der staatlichen Sparmaßnahmen!

Der neoklassische Arbeitsmarkt ohne Erklärung für die Krisenarbeitslosigkeit

Im Gegensatz zu den Vorstellungen der Klassiker orientieren sich im neoklassischen Modell die Löhne nicht am Existenzminimum und die Lohnschwankungen beeinflussen nicht mehr über Lebenserwartung und Kindersterblichkeit die Höhe des Arbeitsangebots.

Die Vorstellungen der Neoklassik werden durch die Grenzproduktivität geprägt. Bei einer gegebenen Kapitalausstattung sinkt mit jedem zusätzlichen Arbeiter dessen Grenzprodukt. Die Grenzproduktivität des letzten zusätzlichen Arbeiters bestimmt den allgemeinen Reallohn. Für die Kapitalrendite gilt das Prinzip der Grenzproduktivität ebenfalls: Bei einer gegebenen Zahl von Arbeitern sinkt das Grenzprodukt zusätzlich eingesetzten Kapitals. Das Grenzprodukt des letzten zusätzlich eingesetzten Kapitals bestimmt die Kapitalrendite.

Im neoklassischen Arbeitsmarkt steigt das Arbeitsangebot mit steigendem Reallohn (Nominallohn/Preisniveau => w/p), während die Arbeitsnachfrage mit steigenden Reallöhnen sinkt. Der Arbeitsmarkt ist im Gleichgewicht bei einem Reallohn w/p, der genau der sinkenden Grenzproduktivität einer entsprechenden Zahl von Arbeitern entspricht, die zu diesem Reallohn arbeiten wollen. Wollen zusätzliche Arbeiter eine Arbeit, müssen die Arbeiter wegen der sinkenden Grenzproduktivität einen niedrigeren Reallohn akzeptieren.

Arbeitslosigkeit ist im neoklassischen Modell immer freiwillig, weil zu einem niedrigeren Reallohn jeder (im Modell!) eine Arbeit finden kann, der zu diesem Lohn zu arbeiten bereit ist.

Die Produktion Y wird durch die Zahl der Arbeiter bestimmt, die für den durch die Grenzproduktivität bestimmten Marktlohn arbeiten wollen. Die Produktion kann gesteigert werden, wenn mehr Arbeiter bereit sind, für einen geringeren Lohn zu arbeiten. Daher fordert die Neoklassik, diese Arbeitsbereitschaft durch den Abbau von Sozialleistungen und vor allem die Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung zu steigern. Arbeiter sollen gezwungen werden, niedrigere Löhne zu akzeptieren.

Die Weltwirtschaftskrise 1929-33 hat bewiesen, dass sinkende Löhne eine deflationäre Depression verschärfen und die Lohnsenkungen nicht zur Vollbeschäftigung führen. Der Grund ist die prozyklische Anpassung der realen Märkte mit echtem Geld, das nicht neutral ist. Inflation wie Deflation werden durch die Marktkräfte verstärkt.

Die Senkung der Nominallöhne führt in einer Absatzkrise zu sinkender Kaufkraft, sinkenden Preisen und der Erwartung weiter sinkender Preise, also zu deshalb niedrigen Investitionen. Die Neoklassik kann nicht erklären, wie und warum die Löhne stärker sinken könnten, wenn die Preise ebenfalls sinken, wie es also überhaupt zu niedrigeren Reallöhnen kommen soll. Tatsächlich werden zwischen Arbeitern und Unternehmen keine Reallöhne vereinbart, sondern Nominallöhne. Wie hoch der Lohn dann real ausfällt, wird durch die Preisentwicklung entschieden. Auf die haben aber die Arbeiter keinen Einfluss und können daher gar nicht zu irgendwelchen Zugeständnissen beim Reallohn bereit sein oder diese verweigern.

Das neoklassische Modell kennt allerdings gar keinen Zusammenhang zwischen sinkenden Lohnkosten und dadurch sinkenden Preisen, weil die Preise ja von der Geldmenge abhängig seien. Es kennt auch keinen Zusammenhang zwischen der Höhe der Löhne und der Kaufkraft und Güternachfrage. Nur aus diesen Gründen kann die Neoklassik wie schon vorher die Klassik ganz naiv und dumm von niedrigeren Löhnen eine höhere Beschäftigung erwarten.

Vor allem aber kann der neoklassische Modell-Arbeitsmarkt keine Erklärung dafür liefern, warum die von einer Wirtschaftskrise freigesetzten Arbeitskräfte noch vor der Krise alle real und nominal zu höheren Löhnen beschäftigt waren und in der Krise plötzlich selbst zu weit niedrigeren Löhnen keine Arbeit mehr finden. Die Arbeitslosigkeit wird in Krisen ja nicht mit Lohnerhöhungen, sondern mit Zinserhöhungen der Notenbank oder durch einen Börsenkrach und eine Finanzkrise verursacht. Diese Themen kommen im neoklassischen Modellbau nicht vor.

Die VWL-Professoren diskutieren weder das Problem weiter sinkender Preise durch sinkende Löhne noch die höheren Löhne zum Zeitpunkt vor dem Ausbruch der Krise,

sondern geben ganz dreist den Gewerkschaften und den Tarifverträgen die Schuld an den angeblich überhöhten Reallöhnen und der angeblich damit verschuldeten Arbeitslosigkeit. Mit diesen Behauptungen treten die VWL-Professoren dann täglich in den Medien auf und hetzen gegen Gewerkschaften und Tarifverträge als Ursache von Krisen und Erwerbslosigkeit. Dafür werden den Professoren vom Kapital Forschungsinstitute zur "Zukunft der Arbeit", dass also die Arbeiter flexibler und billiger werden müssten, und die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit in den kapitalistischen Medien bezahlt.

Die neoklassische Arbeitsmarkt-Theorie und der angebliche Kapitalmangel

Die neoklassische Arbeitsmarkt-Theorie hat zur Voraussetzung den Kapitalmangel. Es gibt (als Beispiel) nur 1 Maschine für 10 Arbeiter. Wenn man nun 20 oder 100 Arbeiter beschäftigen will, dann stehen die sich an der nur 1 Maschine gegenseitig im Weg und sind nicht mehr so produktiv. Bei 20 Arbeitern kann man noch eine Nachtschicht einführen, aber nachts sind die Arbeiter nicht mehr so gut drauf und die Maschine muss auch mal gewartet werden, daher ist mehr Beschäftigung nur zu niedrigeren Löhnen möglich. Spätestens bei 100 Arbeitern ist jeder zusätzliche Arbeiter kaum noch von zusätzlichem Wert.

Deshalb und nur deshalb müssen in der neoklassischen Arbeitsmarkt-Theorie für mehr Beschäftigung die Löhne sinken!

Weil es ja (in unserem Beispiel) nur 1 Maschine für die 10+X Arbeiter gibt wegen des angeblichen Kapitalmangels im Modell. An der nur einen Maschine ist jeder zusätzliche Arbeiter also immer weniger produktiv und kann nur für entsprechend weniger Lohn beschäftigt werden. Würde für zusätzliche 10 Arbeiter eine zusätzliche Maschine aufgestellt, dann müsste die Grenzproduktivität der Arbeit überhaupt nicht sinken und zusätzliche Arbeiter dürften den gleichen Lohn erhalten. Damit entfiele auch jede Begründung für die Lohnhöhe im neoklassischen Modell.

Aus dem angeblichen Kapitalmangel wird auch der Anspruch auf Zins und Profit hergeleitet, der als Belohnung für das Sparen dient, weil man sich zusätzliche Maschinen für die 100 Arbeiter ja erst vom Mund (Konsum) absparen muss. Ohne die Geschichte mit der nur 1 Maschine für die 10+x Arbeiter entfällt auch die Begründung für Zins und Profit im neoklassischen VWL-Modellbau.

In der realen Ökonomie gibt es natürlich überhaupt keinen Kapitalmangel, sondern höchstens einen Absatzmangel. Es ist also kein Problem, für die nächsten und übernächsten 10 Arbeiter auch eine eigene Maschine hinzustellen. Im Gegenteil! Aber die Nachfrage nach zusätzlichen Gütern fehlt. Zusätzliche Güter müssten billiger oder sogar sehr viel billiger verkauft werden, meist geht die Ausweitung der Produktion aber gar nicht oder es macht dafür eine andere Firma dicht.

Die beispielhafte Geschichte mit der nur 1 Maschine für die 10+X Arbeiter ist nun die ganze Grundlage für die neoklassische Arbeitsmarkt-Theorie (die übrigens auch für das bastardkeynesianische IS/LM-Modell gilt).

Nur deswegen gibt es in der VWL eine sinkende Grenzproduktivität der Arbeit!

Nur darauf beruht die berüchtigte Forderung nach sinkenden Löhnen für mehr Beschäftigung!

Übrigens ist die Ungültigkeit des Say'schen Theorems identisch mit der Ungültigkeit der These vom Kapitalmangel:

Denn gäbe es einen Kapitalmangel, müsste die Ökonomie ja immer allein schon damit voll ausgelastet sein, das (angeblich) fehlende Kapital zu produzieren.

Der Bastardkeynesianismus

John Maynard Keynes hat in den 1920er Jahren mit zahlreichen Schriften die geplante deflationäre Depression zu verhindern versucht, mit der dann von 1929-33 die Senkung der Löhne und Preise und des Lebensstandards der Arbeiter auf das Vorkriegsniveau von 1913 durchgesetzt werden sollte. Keynes konnte nicht einfach totgeschwiegen werden und man musste nach dem geistigen Bankrott der Neoklassik in der Weltwirtschaftskrise die alten Thesen erst einmal als keynesianische Theorie maskieren, um sie dem Publikum weiterhin eintrichtern zu können. So entstand der von Joan Robinson so genannte Bastardkeynesianismus, die Verfälschung der Lehren von Keynes.

Den unter verschiedensten Bezeichnungen auftretenden Bastardkeynesianer erkennt man zuverlässig daran, dass ihm das Gleichgewicht der Ökonomie das wichtigste Thema ist, dem echten Keynesianer dagegen die optimale Auslastung des Produktionspotentials und die Vollbeschäftigung. Für den echten Keynesianer streben die Marktkräfte immer stärker von jedem optimalen Grad der Auslastung weg, während der Bastardkeynesianer die Teilmärkte von selbst einem optimalen Gleichgewicht zustreben sieht, was nur von

Gewerkschaften (rigide Löhne) und Regierung (externe Schocks) behindert oder gar verhindert wird.

Die bastardkeynesianischen Modelle berufen sich auf Keynes, weil sie angeblich rigide Löhne und unvorhersehbare externe Schocks in ihrem Modell berücksichtigen und die Sparquote meist noch vom Einkommen und nicht wie früher vom Zins abhängt. Von dergleichen hat Keynes zwar irgendwo einmal geschrieben, aber das ist alles nicht der wesentliche Punkt seiner Theorie. Bei Keynes ist es die Notenbankpolitik, die eine deflationäre Depression auslösen und beenden kann, was er allerdings nach der Großen Depression aus menschlich verständlichen Gründen bei seiner General Theory weggelassen hat; die Verheerungen durch die Krise waren schon geschehen und nicht mehr zu verhindern und er wollte die Verantwortlichen und ihre Kreise, mit denen er ja täglich Umgang hatte, wohl nicht der Rache der Straße ausliefern.

Dieser weiche Charakter von Keynes wurde sofort von interessierter Seite ausgenutzt, um aus seiner Lehre beginnend mit dem IS/LM-Modell von Hicks und Samuelson eine Karikatur der echten keynesianischen Überzeugungen zu fabrizieren. An den Universitäten wird bis heute generell nur Bastardkeynesianismus gelehrt, was für die interessierten Kreise noch den Vorteil hat, dass die Studenten sich über die keynesianischen Vorstellungen für voll informiert halten und von Keynes schon gar nichts mehr hören und lesen wollen. Seine Essays in Persuasion aus den 1920er Jahren, in denen die wirklichen Hintergründe der Krise zur Sprache kommen, bleiben daher weitgehend unbekannt:

> Here are collected the croakings of twelve years—the croakings of a Cassandra who could never influence the course of events in time. The volume might have been entitled "Essays in Prophecy and Persuasion," for the *Prophecy*, unfortunately, has been more successful than the *Persuasion*. But it was in a spirit of persuasion that most of these essays were written, in an attempt to influence opinion. ...
>
> John M. Keynes, Essays in Persuasion(1) (ebook, guttenberg.ca), Preface, Macmillan 1931

Dass England und die Staaten des Sterling-Blocks schon 1931 den Goldstandard verlassen haben, war vermutlich diesen Schriften von Keynes zu verdanken.

(1) http://gutenberg.ca/ebooks/keynes-essaysinpersuasion/keynes-essaysinpersuasion-00-h.html

Die neoklassische Synthese von John Hicks und Paul Samuelson

Nach den Erfahrungen mit der Weltwirtschaftskrise war das Ansehen der Neoklassik ruiniert und die VWL-Professoren brauchten ein neues Modell: Geld durfte nicht mehr einfach als neutral gelten, aber es sollte sich am Prinzip des Allgemeinen Gleichgewichts der Märkte gar nichts ändern; vor allem musste es dem Publikum als **keynesianisches Modell** verkauft werden.

Die Allgemeine Theorie von Keynes, in deren Titel ausdrücklich der Zusammenhang zwischen Beschäftigung, Zins und Geld festgestellt wurde, erschien im Februar 1936 und erregte großes Aufsehen. **Bereits im September 1936 diskutierten Ökonomen auf einer Konferenz in Oxford die Integration seiner Thesen in ein mathematisches Modell nach neoklassischen Vorstellungen.**

John Hicks(1) präsentierte im April 1937 sein IS-LM-Modell(2) unter dem Titel „Mr. Keynes and the Classics - A Suggested Interpretation", mit dem die Verfälschung der Lehre von Keynes vollzogen wurde, die sogenannte Neoklassische Synthese(3). Der 1937 nach Harvard berufene Alvin Hansen(4) trug ebenfalls zum IS/LM-Modell bei und es wurde als Hicks-Hansen Synthese in den USA gelehrt. Paul Samuelson(5) publizierte 1948 in seinem Bestseller-Lehrbuch diese angebliche Ökonomie nach Keynes. Er wurde mit dem Schwindel weltberühmt und als erster US-Amerikaner mit dem sogenannten Wirtschafts-Nobelpreis ausgezeichnet.

Das an den Universitäten gelehrte keynesianische Modell der neoklassischen Synthese ist die Fälschung von Hicks und Samuelson, die von Keynes nur übernahmen, dass von hohen Einkommen ein größerer Anteil gespart werde und dass bei sehr niedrigen Zinsen für die langfristigen Bonds eine Bargeldhortung erfolgt. Beide Punkte sind völlig trivial und haben mit dem Kern der konjunkturpolitischen Einsichten von Keynes nichts zu tun. Leider war der Schwindel sehr erfolgreich und die meisten Studenten meinen tatsächlich zeitlebens ernsthaft, sie hätten die Lehren und Erkenntnisse von Keynes an der Uni studiert.

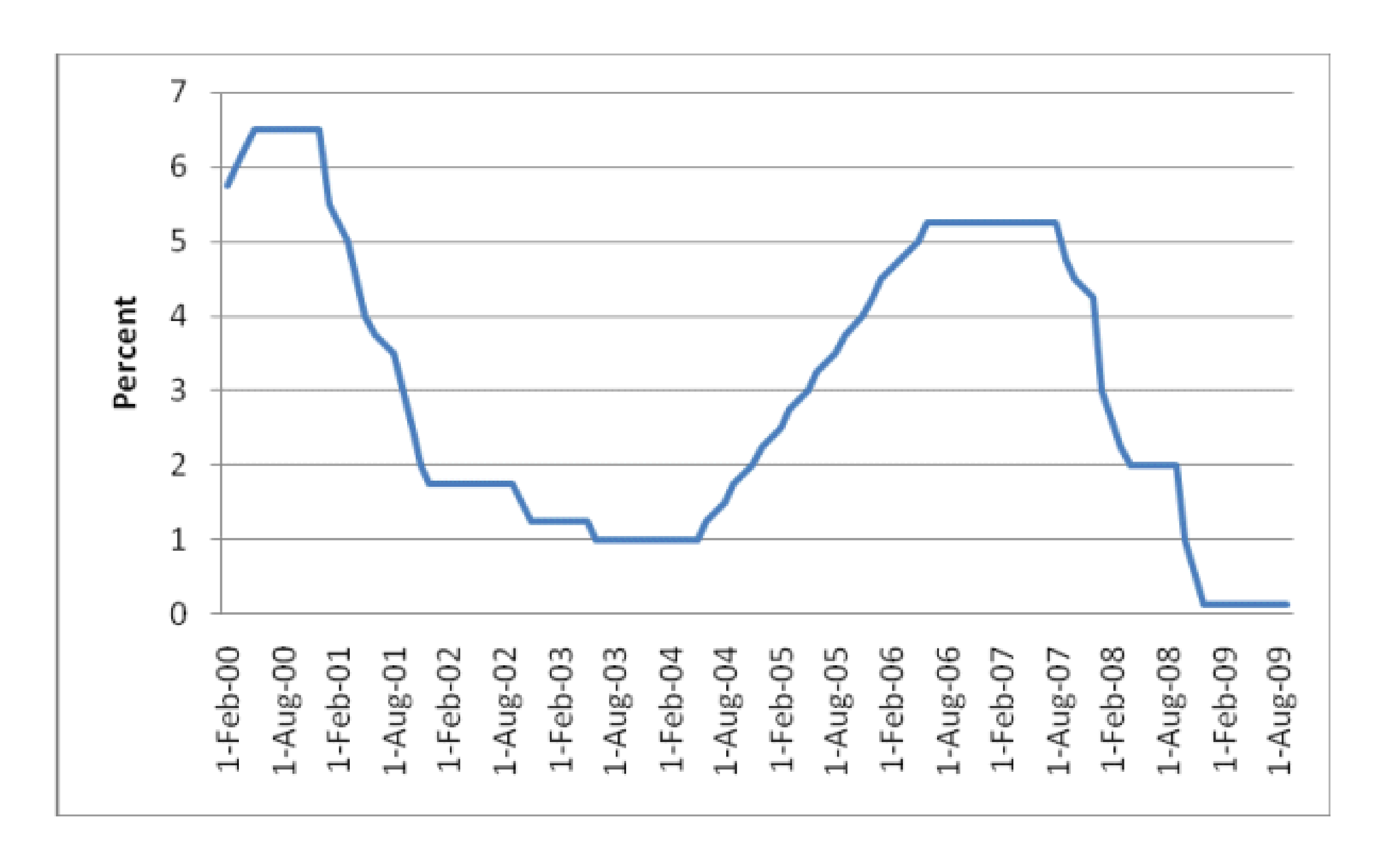
Das IS/LM-Modell ist bereits mit der Annahme hinfällig, dass es mit wachsenden Einkommen eine steigende "Sparkurve" geben werde. Keynes ist von einer mit dem Einkommen wachsenden Sparneigung der oberen Einkommensklasse ausgegangen, die dann ganz langfristig bei weiter wachsendem Wohlstand in der breiten Gesellschaft einen bis auf Null fallenden Zins zur Folge haben müsse. Denn die tatsächliche Sparmöglichkeit ist ja auf das Wachsen des realen Kapitalstocks beschränkt. Abgesehen von den Schwankungen der Konjunktur haben wir historisch bis jetzt keinen Nachweis einer für die

gesamte Ökonomie und nicht nur für die obere Einkommensschicht der Gesellschaft steigenden Sparquote. Bereits 1942 hat Simon Kuznets für den Zeitraum von 1870 - 1940 eine langfristig konstante Sparquote der Ökonomie diskutiert, was dem IS/LM-Schwindel aber nicht schaden konnte.

Das Problem mit der steigenden Ersparnis bei höheren Einkommen wäre sinnvoll als Wachstumshemmnis der Ökonomien zu diskutieren: Es gibt also keinen Kapitalmangel, so dass eine steigende Investitionsquote mit einer steigenden Ersparnis zu einem Gleichgewicht bei einem höheren Y der Ökonomie finden könnte; die Sparneigung der oberen Einkommensklasse führt bei einer sehr ungleichen Verteilung der Ökonomie schlicht zur Verarmung dieser Ökonomie, weil ja einfach die Massenkaufkraft als Nachfrage fehlt. Dabei kommt es sehr auf die Verteilung der Einkommen an und nicht auf das Y (Gesamteinkommen) der Ökonomie, so dass also die Einkommensverteilung in der Ökonomie der zu diskutierende Wachstumsfaktor wäre.

(1) http://en.wikipedia.org/wiki/John_Hicks
(2) http://de.wikipedia.org/wiki/IS-LM-Modell
(3) http://de.wikipedia.org/wiki/Neoklassische_Synthese
(4) http://en.wikipedia.org/wiki/Alvin_Hansen
(5) http://en.wikipedia.org/wiki/Paul_Samuelson

Die Zinspolitik der FED und die Finanzkrise



Leitzins der FED 2000-2009; Federal Reserve Board, Washington, D.C. (PDF)(1)

Dieser Einschub soll Ihnen helfen, den VWL-Unsinn mit dem IS/LM-Modell besser zu durchschauen. Die Grafik rechts zeigt die Zinspolitik der FED in einem Zeitraum von etwa zehn Jahren ab Februar 2000. Im Sommer 2000 hatte die Fed ihren Leitzins noch bis auf 6,5 Prozent hochgetrieben und damit den Börsencrash vor allem des sogenannten Neuen Marktes ausgelöst und die Weltwirtschaft in eine schwere Rezession getrieben, die bis ins Jahr 2003 ging.

Die Kurve zeigt einfach das Ergebnis der geldpolitischen Entscheidungen der Notenbank, wie hoch der für Zentralbankgeld geforderte Zins sein soll. Der Zins wird nicht vom Markt bestimmt, sondern von den Leuten, die über die Geldpolitik die Konjunktur steuern. In den frühen 80er Jahren gebrauchte die Bundesbank zur Verwirrung des Publikums neben einem Diskontsatz und dem Lombardsatz noch Zinstender und Mengentender, um dem Publikum vorzugaukeln, dass der Markt den Zins bestimme. Das ist jedoch nicht der Fall, aber das Publikum war schon mit den wichtigen Debatten über den Unterschied zwischen Diskont und Lombard geistig ausreichend beschäftigt, um gar nicht zu bemerken, dass die Bundesbank einfach mit Hochzinspolitik Krise und Massenarbeitslosigkeit verursacht hatte.

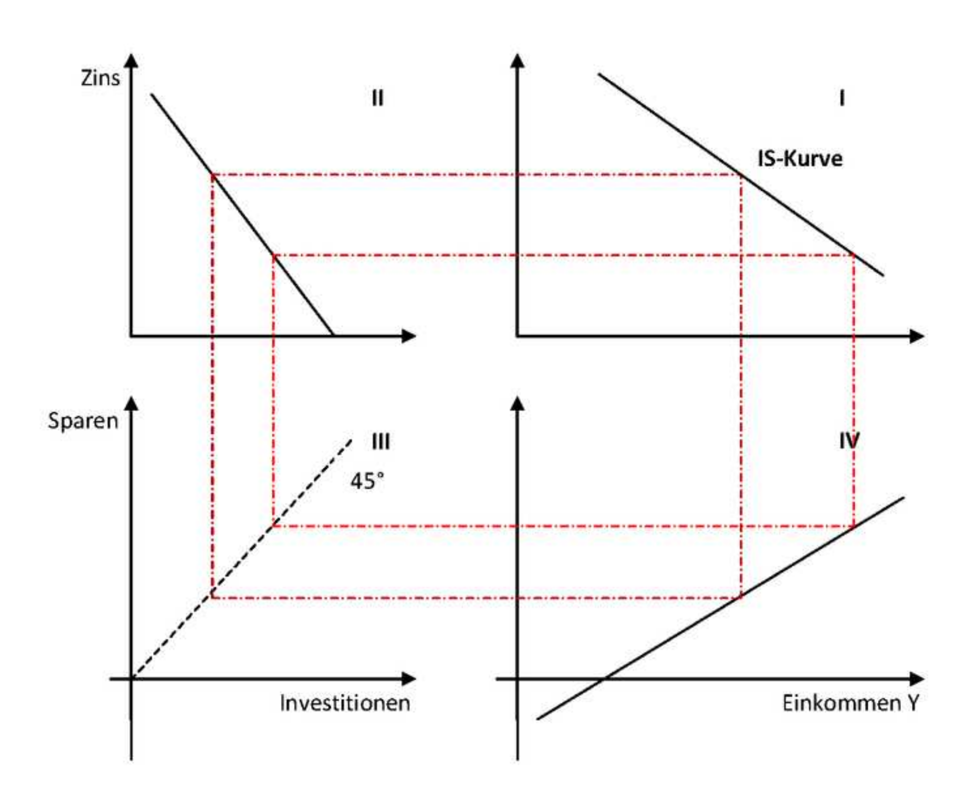
Nach der Auslösung der schweren Rezession ab 2000 wurden die Zinsen bei der FED sehr weit bis auf 1% gesenkt. Die Notenbanker wollen zwar eine Rezession auslösen, aber nicht, dass ihnen der Laden gleich ganz um die Ohren fliegt. Für das Publikum ist das dann oft noch ein Rätsel, dass auf dem Höhepunkt der Krise die Zinsen meist schon wieder ganz unten sind, was die Neoliberalen dazu benutzen, den Leuten einzureden, dass die Niedrigzinspolitik für die Krise verantwortlich wäre.

Die Auslösung der Finanzkrise ist in dieser Grafik sehr schön zu sehen. Die FED hatte ab 2004 damit begonnen, die Zinsen wieder scharf hochzutreiben, bis so etwa im Sommer 2007 für die Insider der Einbruch der Konjunktur abzusehen war. Das hat allerdings die Europäische Zentralbank nicht gehindert, ihre Zinsen sogar noch im Sommer 2008 noch einmal zu erhöhen, um irgendwelche Inflationsgefahren zu bekämpfen, also die Wirtschaft mit Hochzinspolitik abzuwürgen. Nach der Auslösung der Finanzbetrugskrise, die dem Publikum immer als völlig unvorhersehbar dargestellt wurde, haben FED und EZB die Zinsen dann wieder stark gesenkt, die FED bis auf fast 0%.

Abschließend zeigt ein Blick auf die Grafik sehr schön, wie die Zinspolitik der Notenbank stets gegen die Marktkräfte entweder mit sehr niedrigen Zinsen die Konjunktur belebt oder mit Hochzinspolitik die Krisen auslöst. Dies soll eine Grundlage für die nachfolgende Diskussion des IS/LM-Modells sein, in dem die Zusammenhänge völlig auf den Kopf gestellt werden. In diesem Modell wird der Zins nämlich nicht von der Geldpolitik gemacht, sondern es gäbe einen Gleichgewichtszins für Ersparnis und Investition und für das Angebot und die Nachfrage nach Geld, zu dem die Marktkräfte angeblich von selber streben würden.

(1) http://www.federalreserve.gov/PUBS/FEDS/2009/200949/200949pap.pdf

Die IS-Kurve über der Y-Achse



Ersterns ist für echte Keynesianer die Suche nach dem Gleichgewicht von makroökonomischen Märkten sinnlos, weil die Märkte grundsätzlich kein Gleichgewicht finden. Es gibt keinen Zinssatz, bei dem Investition und Ersparnis im Gleichgewicht wären. Die Geldpolitik muss immer wieder mit Zinsänderungen der Tendenz der Märkte entgegen wirken, ihre Abweichungen von einer optimalen Auslastung des Produktionspotentials zu verstärken. Die Zinsen müssen also stark schwanken, wie oben am Leitzins der FED von 2000 bis 2009 deutlich zu erkennen, um einmal die Konjunktur zu dämpfen und sie danach wieder zu beleben.

Zweitens ist die Diskussion eines Gleichgewichts von Investition und Ersparnis bei Unterauslastung des Produktionspotentials völlig gegenstandslos. Nur bei einer maximalen Auslastung der Ökonomie müsste für jede Investition am Konsum gespart werden, was die Geldpolitik mit den Zinsen bewirkt. Da nützt allerdings keine Gleichgewichtskurve über einer Y-Achse, sondern die Notenbank muss wissen, wie der Auslastungsgrad der Ökonomie ist und ob sie mit niedrigeren Zinsen die Nachfrage beleben soll oder mit höheren Zinsen dämpfen. Die IS-Kurve stellt diese Zusammenhänge auf den Kopf und genau das ist ihr Zweck.

Der IS-Kurve(1) liegen zwei Annahmen zugrunde: Einmal die Abhängigkeit der Investitionen vom Zins, dass also die Investitionskurve (Quadrant II) hohe Zinsen mit

niedrigen und niedrige Zinsen mit hohen Investitionen abbildet. Zweitens soll nach Keynes die Ersparnis nicht mit den Zinsen, sondern mit den Einkommen steigen (Quadrant IV). Das Sparen wäre also von Zinsen wie von Inflation oder Deflation unbeeinflusst, was Keynes so nie behauptet hat.

Eigentlich hatte Keynes geschrieben, dass die reicheren Schichten der Gesellschaft von ihren Einkommen einen höheren Anteil sparen, während die Armen kaum Ersparnisse bilden können. Bei der IS-Kurve wird aber angenommen, dass zum Beispiel ein wachsendes Bruttoinlandsprodukt die Ersparnisse steigen lasse und mit höheren Investitionen in ein Gleichgewicht bringen würde. Daraus müsste der Schluss gezogen werden, dass reichere Ökonomien nur bei niedrigeren Zinsen im Gleichgewicht wären. Historisch lässt sich dergleichen nicht belegen, auch wenn die IS-Kurve deutlich zeigt, wie ein Wachstum der Ökonomie den Gleichgewichtszins sinken lässt.

Wir sehen in der Abbildung zwei rotgestrichelte Rechtecke. Das mehr links liegende Rechteck ergibt sich bei einem höheren Zinssatz und dadurch niedrigeren Investitionen. Dem entsprechen niedrigere Ersparnisse, die sich bei einem geringeren Einkommen Y einer ärmeren Ökonomie ergeben. Eine verstärkte Neigung zum Sparen würde die Gerade im Quadrant 4 steiler ansteigen lassen und ein „im Gleichgewicht" niedrigeres Y bewirken, das Paradoxon des Sparens lässt sich also an der IS-Kurve demonstrieren.

Eigentlich wäre alles bestens, wenn die Zinsen möglichst niedrig sind und die Sparneigung möglichst gering. Dann wären die Investitionen hoch und wir würden zum Ausgleich bei einer sehr flachen Sparkurve ein maximal großes Einkommen Y der Ökonomie erhalten. Besser könnten wir für eine keynesianische Politik niedriger Zinsen bei geringer Sparneigung gar nicht werben, aber das war von Hicks und Samuelson selbstverständlich so nicht beabsichtigt. Die wollten nur das Gleichgewicht zeigen, zu dem die Märkte angeblich von selber streben.

Die Studenten sind mit der IS-Kurve nicht davon überzeugt worden, dass niedrige Zinsen und hohe Konsumneigung die besten Voraussetzungen für ein hohes Wachstum schaffen. Vermutlich weil sie von den VWL-Professoren derart mit Kurvenberechnungen schikaniert werden, dass sie weiter gar nicht mehr denken können und wollen.

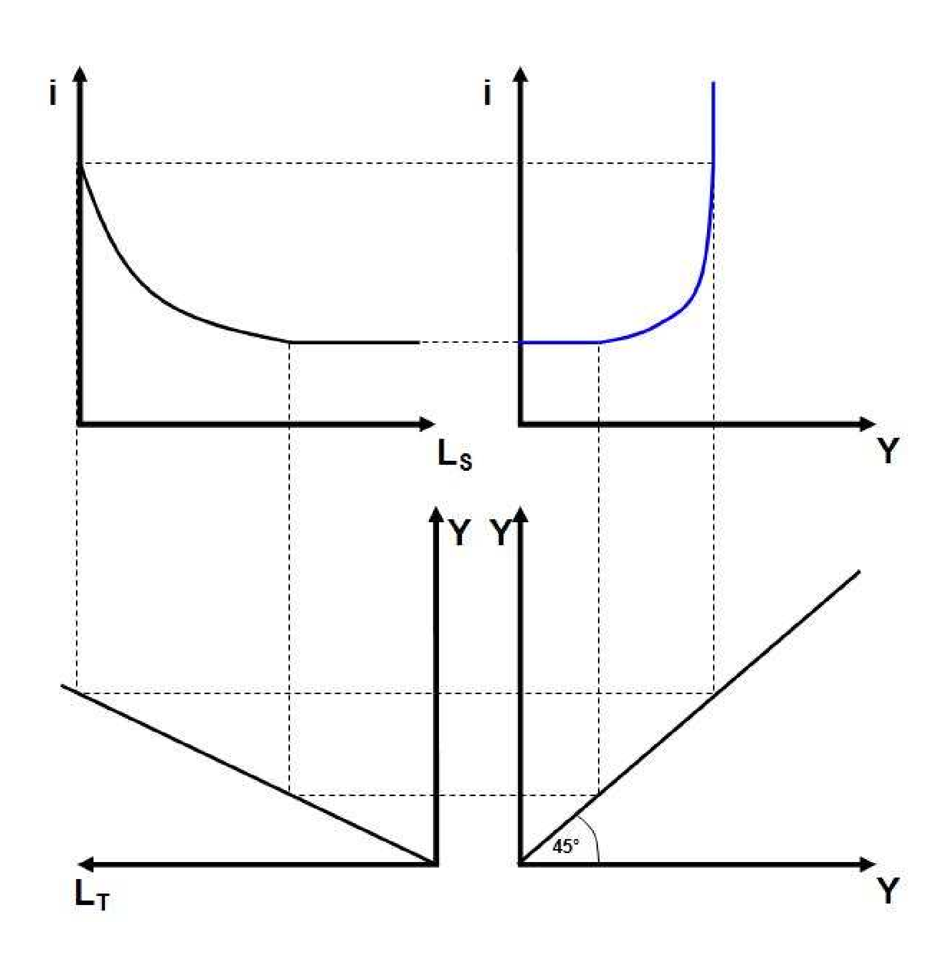
Andernfalls müsste den Studenten auch auffallen, wie absurd die mit der IS-Kurve verbundene Vorstellung ist, dass bei (wegen "externer Schocks") unzureichender Investition oder überhöhter Sparneigung eine entsprechend gewaltig einbrechende Produktion noch zu irgendeinem „Gleichgewicht" links vom aktuellen Y(t) führen sollte. Umgekehrt könnte eine übertrieben gestiegene Investitionstätigkeit nur durch gewaltige

Wachstumsraten der Einkommen mit den Ersparnissen wieder in ein „Gleichgewicht" kommen. Denn eine unzureichende Investition verstärkt sich prozyklisch, ebenso eine übertriebene Investition in einem Boom, beides kommt nicht von selbst in ein normales Ausmaß zurück.

Aber selbstverständlich gilt auch hier, dass Investition und Ersparnis in einer Ökonomie immer gleich sein müssen. **Auf einer senkrechten Linie über jedem Punkt dieser Y-Achse finden wir alle Punkte, an denen Investition und Ersparnisse bei diesem Einkommen tatsächlich gleich sind.** Nämlich überall!

(1) http://de.wikipedia.org/wiki/IS-Funktion

Die LM-Kurve mit künstlich beschränktem Geldangebot



Die LM-Kurve(1) (im Quadranten oben rechts) soll das Gleichgewicht auf dem Geldmarkt für alle Kombinationen von Zins und Einkommen abbilden. Die Kurve steigt nur unter der Voraussetzung, dass das Geldangebot beschränkt ist. Dafür gibt es aber bei fiat money keinerlei Gründe. Nur wenn die Notenbank ihr „Geldangebot" (worunter man die

sogenannte „Geldmenge" zu verstehen hat – wir wissen aber, dass die Notenbank eine Zinspolitik macht und eben keine „Geldmenge" steuert) künstlich beschränken würde, müsste es bei einem weiter steigenden Wachstum des Y zu wegen der „Geldknappheit" steigenden Zinssätzen kommen.

Unter dem Goldstandard war die Geldmenge durch den Goldvorrat und die Deckungsvorschriften der Banknoten beschränkt, aber der internationale Goldstandard endete 1933 mit dem Verbot der Goldhortung in den USA. Seitdem ist das umlaufende Geld fiat money und jede Beschränkung seiner „Menge" wäre ein willkürlicher Akt der Notenbank.

Ohne diese nur willkürlich theoretische Beschränkung des Geldangebots schneidet die LM-Kurve im IS-LM-Modell die IS-Kurve überall, wo man einen Schnittpunkt haben will. Die Notenbank kann praktisch zu jedem Zeitpunkt eine expansivere Geldpolitik betreiben und damit die LM-Kurve für das Gleichgewicht am Geldmarkt (Geldangebot = Geldnachfrage) nach rechts verschieben.

Umgekehrt kann die Notenbank mit einer restriktiven Geldpolitik das Geldangebot künstlich knapp halten, so dass bei Wirtschaftswachstum steigende Zinsen resultieren würden, wie es die LM-Kurve darstellt; aber das ist kein ökonomisches Gesetz, sondern eben Geldpolitik.

Damit ist das Modell von Hicks absolut unbrauchbar und wir könnten uns seine weitere Diskussion sparen, weil der Verlauf der LM-Kurve nicht aus ökonomischen Zusammenhängen resultiert, sondern höchstens aus einer willkürlichen Geldpolitik der Notenbank. Diese LM-Kurve dann für ein Gleichgewicht der Märkte zu diskutieren, ist völlig abwegig: Ohne die LM-Kurve gibt es keinen Schnittpunkt mit der IS-Kurve und kein Gleichgewicht auf dem Gütermarkt. Das Modell ist also völliger Unsinn.

Ich will aber noch kurz auf die Geldnachfrage eingehen, mit der angeblich die geistigen Anstöße von Keynes umgesetzt und im Modell berücksichtigt worden seien.

Im Quadranten oben links sieht man die Zinskurve mit steigendem Geldangebot (**L**iquidity **S**upply) fallen (relativ zu Y; eigentlich geht die Darstellung von einem fixen Geldangebot bei variablem Y aus, aber lassen Sie sich von diesem Quadranten-Schema nicht verwirren), zuletzt geht sie in eine Waagrechte über. Dies deshalb, weil eine weitere Zinssenkung auch bei einer noch größeren Ausweitung der Geldmenge nach Keynes wegen des Kursrisikos der Geldanlagen nicht möglich ist. Steigende Zinsen führen ja zu sinkenden Kursen der Bonds, weshalb bei langfristigen Papieren ein Mindestzins zu erwarten ist, den auch eine

noch so expansive Geldpolitik nicht weiter senken kann. Allerdings können nur langfristige Zinsen wegen des Kursrisikos nicht auf Null fallen, die kurzfristigen Zinsen können das sehr wohl und die Zinsen für Zentralbankgeld können sogar negativ werden. Die in der VWL benutzte LM-Kurve stellt ja den kurzfristigen Zins dar und müsste deshalb sehr wohl auf Null fallen. Sogar ohne ein "unendlich großes Geldangebot", das ja hier eine völlig falsche Vorstellung ist, weil die Notenbank den kurzfristigen Zins nicht durch ein Geldangebot auf Null treibt, sondern einfach den Zins für Zentralbankgeld auf Null oder sogar unter Null festsetzt. Die in der VWL übliche Darstellung der LM-Kurve ist also sachlich falsch.

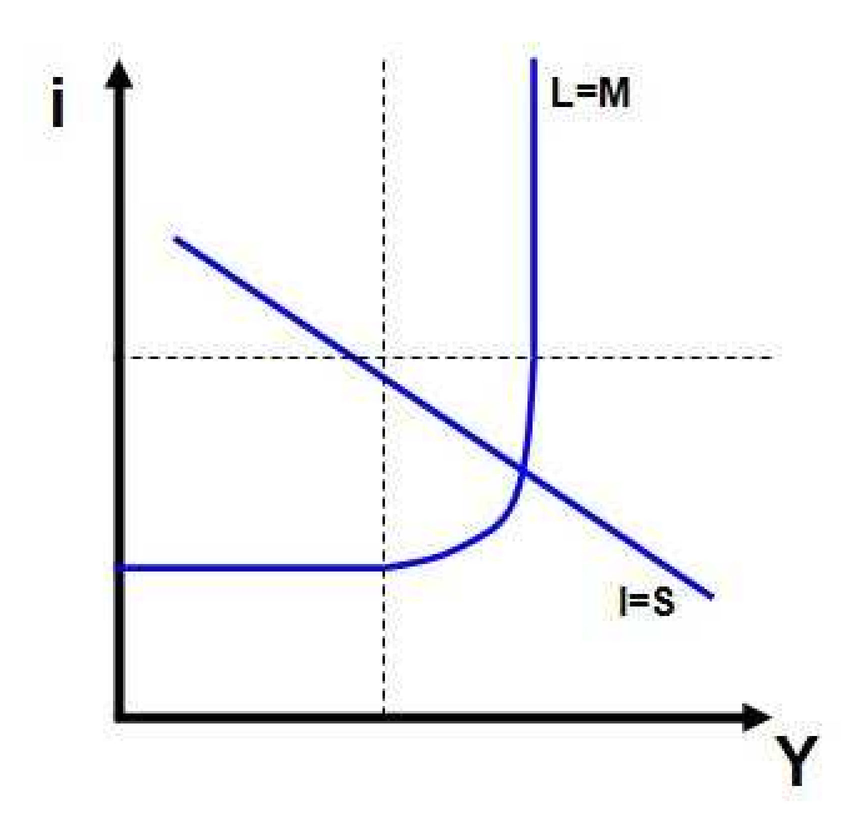
In Wirklichkeit macht die Notenbank selbstverständlich überhaupt keine Geldmengenpolitik, sondern sie bestimmt den Zinssatz für das Zentralbankgeld (auch damit kann die Notenbank den Zins für langlaufende Bonds nicht unter den Risikozins drücken). Das Bankensystem wird von der Notenbank mit allem benötigten Zentralbankgeld versorgt, nur eben zu entsprechend niedrigen oder hohen Zinsen. Diese Realität ist im IS-LM-Modell völlig auf den Kopf gestellt.

Wir müssen hier aber leider beim Modell bleiben. Der Quadrant oben rechts zeigt den Verlauf der LM-Kurve. Ein wachsendes Y bräuchte nach der Geldmengenformel bei konstanter Umlaufgeschwindigkeit immer mehr Liquidität zu Transaktionszwecken. Das Geldangebot ist aber künstlich von der Notenbank beschränkt, so dass bei steigender Produktion das knappe Geld für zuletzt steil steigende Zinsen sorgt. Diese steil steigenden Zinsen beschränken schließlich im IS-LM-Modell das Wachstum von Produktion und Einkommen.

Die Lösung des gekünstelten Problems wäre einfach mehr Geldversorgung durch die Notenbank, dann könnte Y stärker nach rechts verschoben werden, also die Produktion und die Einkommen könnten stärker steigen.

(1) http://de.wikipedia.org/wiki/LM-Funktion

Das Gesamtmarktgleichgewicht im IS/LM-Modell



Hier sehen wir den Schnittpunkt der IS-Kurve mit der LM-Kurve im magischen Gesamtmarktgleichgewicht. Abgesehen davon, dass das IS/LM-Modell(1) grundsätzlich Humbug ist, würde es sich durchaus dafür eignen, eine möglichst expansive Geldpolitik zu begründen und deren segensreiche Wirkungen zu zeigen.

Praktisch wird es aber nur dazu genutzt, die Studenten mit kompliziertesten Kurvenberechnungen von jedem klaren Gedanken abzubringen und ihnen zu demonstrieren, wie die Märkte immer von selber wunderbar in ihr Gleichgewicht finden, wenn sie nicht von der Politik mit externen Schocks gestört werden.

Auf die Erörterung des erweiterten IS/LM-Modells mit Staatskonsum und Außenhandel soll hier verzichtet werden. Wer einen Blick darauf werfen will, wie weit sich das Modell mit variierenden Staatsausgaben und Außenhandel verkomplizieren lässt, kann ja im Internet nach typischen Prüfungsfragen zu diesem Thema suchen.

Die Studenten sind wirklich zu bedauern, weil das Modell die Zusammenhänge verdreht: Die Zinsen steigen nicht, weil die Geldmenge bei wachsender Produktion zu knapp wird, sondern die Notenbank stoppt mit Zinserhöhungen das Wachstum; im gutwilligen Fall, weil die Ökonomie zu weit im oberen Bereich der Auslastung des Produktionspotenzials ist, im böswilligen Fall, um die Löhne zu drücken, die Arbeiter wieder härter auszubeuten, die

Rentiers zu bereichern, oder auch nur, weil einflussreiche Spekulanten an den Börsen gerade auf fallende Kurse gesetzt haben.

(1) http://de.wikipedia.org/wiki/IS-LM-Modell

Der Arbeitsmarkt im bastardkeynesianischen Modell

Die Neoklassische Synthese arbeitet mit dem neoklassischen Arbeitsmarkt und kann daher wieder nur „freiwillige" Arbeitslosigkeit bei überhöhten Lohnforderungen diskutieren. In der Regel wird ein starrer Reallohn als Folge von Tarifverträgen und Gewerkschaftseinfluss beklagt. Das hat mit keynesianischen Vorstellungen gar nichts zu tun.

Echter Keynesianismus ist makroökonomisches Denken und kritisiert am Modell-Arbeitsmarkt der VWL, dass er eine mikroökonomische Betrachtung darstellt. Arbeit ist kein Produkt wie Erdbeermarmelade, die im Wettbewerb mit anderen Marmeladesorten steht und bei niedrigerem Preis dann mehr als die Kirschmarmelade gekauft wird. Wenn die Preise für Erdbeermarmelade sinken, geht das Angebot zurück, weil die Produzenten dann halt mehr Kirschmarmelade produzieren, aber die Arbeiter müssen bei sinkenden Löhnen ihr Arbeitsangebot sogar erhöhen, um ihr Leben zu fristen. Die mikroökonomische Betrachtung des Arbeitsmarktes ist also Unsinn.

Bei einer makroökonomischen Betrachtung wäre sofort klar, dass sinkende Nominallöhne gar nicht zu sinkenden Reallöhnen und einer steigenden Arbeitsnachfrage führen müssen, weil eine absehbare Deflation der Preise zum Beispiel Investitionen verhindert und sinkende Preise das Sinken der Nominallöhne aufheben können. Es sinken also nicht nur die Reallöhne nicht, sondern über das Sinken der Reallöhne kann in den Lohnverhandlungen überhaupt nicht entschieden werden. Die Erwartung weiter sinkender Löhne und Preise führt zu einem Rückgang der Arbeitsnachfrage, was nun genau das Gegenteil von dem ist, was die Professoren mit ihrem Modell zu beweisen vorgeben.

Das Modell setzt ganz naiv voraus, dass mehr Arbeit nachgefragt würde, wenn diese "billiger" wäre. Billiger als was? Manche Professoren meinen dann sogar, dass Arbeit gegenüber dem Einsatz von Kapital billiger werden könnte oder müsste, offensichtlich ohne zu bedenken, dass die Maschinen ja letztlich alle durch Arbeit entstanden sind. Billigere Arbeiter müssten dann auch billigere Maschinen bauen, sinkende Nominallöhne lassen die

Preise der Maschinen sinken. Nur investiert dann niemand mehr und alle warten, dass die Löhne und Preise noch weiter fallen.

Umgekehrt führen steigende Löhne ganz bestimmt nicht dazu, dass die Kapitalisten dann lieber selber Hand anlegen, weil ihnen die Arbeiter zu teuer würden. Die Erwartung höherer Löhne führt wie bei allgemein steigenden Preise zu steigender und nicht zu sinkender Nachfrage nach Gütern wie nach Arbeitskräften. Wir sehen also, dass das mikroökonomische Ökonomen-X für den Arbeitsmarkt völlig unbrauchbar ist, weil auch der Arbeitsmarkt prozyklisch reagiert und damit sinkende Löhne zu einer sinkenden, steigende Löhne zu einer steigenden Nachfrage nach Arbeit führen müssen.

Zusätzlich wird im Modell das gleichgewichtige Y einmal mit dem Schnittpunkt der IS-LM-Kurven bestimmt, zweitens noch bei gegebenem Kapital als Y = f(N) durch die Arbeitsmenge N; also mit der Bereitschaft der Arbeiter, zu einem am Arbeitsmarkt bestimmten Reallohn zu arbeiten. Welcher magische Mechanismus die beiden Y immer im gemeinsamen Gleichgewicht vereinigen soll, konnte ich noch nicht klären. Vermutlich haben die VWL-Professoren den Widerspruch in ihrem Modell noch gar nicht realisiert.

Von Neukeynesianern zu Postkeynesianern nur Fälscher am Werk

Die Lehre von Hicks und Samuelson nannte sich Neokeynesianismus und wollte nur in Ausnahmen, vor allem wegen der angeblich nicht genug flexiblen Löhne, eine nicht freiwillige Arbeitslosigkeit zugestehen. Langfristig würde aber das Gleichgewicht durch die Marktkräfte wieder durchgesetzt.

Jede echte keynesianische Theorie würde darauf bestehen, dass die Märkte sich prozyklisch verhalten und Boom wie Krise verstärken; ohne eine entsprechende Geldpolitik erfolgt keine optimale Auslastung der Ökonomie. Ein von den Marktkräften automatisch hergestelltes Gleichgewicht gibt es nicht und kann daher gar kein Thema sein. Nur eine restriktive Geldpolitik kann eine Inflation aufhalten und nur eine expansive Geld- und Finanzpolitik können eine Depression beenden.

Die Postkeynesianer(1) wie Kaldor(2), Kalecki(3) und Minsky(4) wollen die Krisen mit der Unsicherheit der Zukunft statt mit der Geldpolitik erklären. **Krisen seien keine böse Absicht und nicht geplant und von der Geldpolitik gesteuert, sondern die Folge von unabsehbaren Investitionszyklen, die wegen der prinzipiell unsicheren Zukunft immer wieder in Finanzkrisen enden.**

Dazu musste aber die neoklassische These aufgegeben werden, dass die Märkte immer zu einem Gleichgewicht streben. Von Keynes stammt dabei nur die prinzipiell unsichere Zukunft.

Besonders Hyman Minsky ist aktuell mit der Finanzkrise wieder hervorgekramt worden. Nach Minsky wären die Krisen unbeabsichtigte Ergebnisse waghalsiger Finanzierungen und könnten dann auch nur durch Bankrott bereinigt werden. Im deutschen Wiki ist der Schwindel schön zu lesen:

> In Minskys Krisentheorie, die auch Charles P. Kindleberger beeinflusste, betreiben die Investoren zu Beginn eines Zyklus zunächst eine abgesicherte Finanzierung; die Einnahmen, die den Investitionen folgen, reichen aus, um die Kredite zurückzuzahlen. Erweist sich das Wirtschaftswachstum als stabil, erscheint eine spekulative Finanzierung rentabel. Die Einnahmen reichen jetzt nur noch aus, um die Zinsen der aufgenommenen Kredite zu bedienen; die Kredite selbst dagegen werden durch neu aufgenommene Kredite ersetzt. Schließlich gehen die Investoren zu einem Schneeballsystem über, einem „Ponzi scheme" (benannt nach Charles Ponzi). Nun werden sogar zur Finanzierung der Zinslast Kredite aufgenommen, da die Investoren immer noch darauf vertrauen, dass ganz zum Schluss die Einnahmen aus der Investition ausreichen, um allen aufgelaufenen Verpflichtungen genügen zu können. Insgesamt wird die Wirtschaft immer labiler, bis es zu einem Platzen der Spekulationsblase und dem Ausbruch einer Finanzkrise kommt.
>
> Hyman Minsky(4)

Die Frage, womit eine Ökonomie denn nun gehindert würde, ihre bereits finanzierten und real aufgebauten Produktionsanlagen durch Güternachfrage auszulasten, bleibt bei Minsky unbeantwortet. Dass zur Linderung der Finanzierung und ihrer Zinslast etwas Inflation hilfreich sein könnte, ist kein Thema.

Minsky hat in Wahrheit die Thesen der Austrian Economics täuschend umformuliert, keynesianisch maskiert und an die Stelle mangelnder Ersparnisse waghalsige Finanzierungen gesetzt. Die Große Depression war jedoch ganz eindeutig durch restriktive Geldpolitik verursacht und endete mit deren Aufgabe, wie wir wissen.

(1) http://de.wikipedia.org/wiki/Postkeynesianismus
(2) http://en.wikipedia.org/wiki/Nicholas_Kaldor
(3) http://en.wikipedia.org/wiki/Micha%C5%82_Kalecki
(4) http://en.wikipedia.org/wiki/Hyman_Minsky

Die Hubschraubertheorie des Monetarismus von Milton Friedman

Die „Fachpresse" bejubelte 1969 eine Kindergeschichte von Milton Friedman(1) (The Optimum Quantity of Money(2)):

Eine Gemeinschaft von Bürgern tausche ihre produzierten Güter und gebrauche dabei 1000 Zettel mit dem Aufdruck „Dies ist ein Dollar", wobei das Leihen oder Borgen wirksam verboten sei, so dass der Austausch von Gütern nur mit diesen Zetteln abgewickelt werden könne. Empirische Untersuchungen zum Verhältnis zwischen Geldmenge und Jahreseinkommen hätten ein Verhältnis von 1/10 ergeben, daher könne man für diese Gemeinschaft ein Gesamteinkommen von 10 000 Dollar annehmen:

> Let us suppose now that one day a helicopter flies over this community and drops an additional $1000 in bills from the sky… (Friedman 1969, S. 4-5)

Jedes Individuum soll genau so viel Geld aufsammeln, wie es vorher hatte, so dass also die Geldmenge bei jedem verdoppelt wird. Wie wird sich diese Verdopplung der Geldmenge auswirken, wenn sich weiter in dieser Gemeinschaft nichts geändert habe? Friedman behauptete, dass die Preise sich entsprechend der Geldmenge verdoppeln müssten, weil die Leute alle versuchen würden, jetzt mit der doppelten Geldmenge zu kaufen. Die reale Menge der Güter sei aber nicht gestiegen, so dass sich deren Preise verdoppeln müssten. Derartige Argumente für seine Quantitätstheorie des Geldes brachten Milton Friedman 1976 den Nobelpreis ein.

Der Trick ist leicht entlarvt: Es gibt in seiner Zettelwirtschaft kein richtiges Geld, weil ein richtiges Geld eben Schuldgeld ist und Leihen wie Borgen erlaubt sein muss. Die Gemeinschaft in seiner Geschichte hätte bei einem Jahreseinkommen von 10.000 Dollar etwa 30.000 Dollar an Geldvermögen und Schulden. Würden die aufgesammelten 1000 Dollar auf Schuldner und Sparer gleichmäßig aufgeteilt, erhielten diese je 500 Dollar und würden das gefundene Geld, um ihre Kassenhaltung nicht zu verändern, bei ihrer Bank einzahlen; die schickt es an die Zentralbank und weg ist es. Die Sparer hätten jetzt 30.500 Dollar Guthaben, die privaten Schuldner kommen auf 29.500 Dollar Schulden und die fehlenden 1000 Dollar Schulden hat Milton Friedman mit seinem Hubschrauber (Staat).

Falls die Ökonomie unterausgelastet war, dann würde diese Geldverteilung durch den Staat die Geschäfte etwas anregen, in einem Boom würde es sicher auch zu leichten Preissteigerungen kommen. Die Keynesianerin Joan Robinson hatte in ihrem Büchlein

„Ökonomische Theorie als Ideologie“ zu Milton Friedman diesbezüglich nur eine kurze Anmerkung:

> In Friedmans Gedanken findet sich ein überirdisches, mystisches Element. Die bloße Existenz eines Geldbestandes ruft irgendwie Ausgaben hervor. Soweit er jedoch eine verständlich Theorie anbietet, besteht sie aus von Keynes entlehnten Einzelteilen. (Joan Robinson 1974, S. 83)

Zur Bestärkung seiner Theorie hat Milton Friedman sogar die Große Depression monetär erklärt: Die US-Notenbank habe von 1929 bis 1933 die Geldmenge zu stark reduziert. Das wäre nicht Absicht und logische Konsequenz des Goldstandards gewesen, sondern in Unkenntnis der richtigen Geldmengenpolitik geschehen, die ein stetiges Wachstum der Geldmenge anstreben solle. Diese Erklärung widerspricht der sonst immer betonten Neutralität des Geldes in der Quantitätstheorie, in der Geldmengenänderungen sich ja nur auf die Preise auswirken sollen.

Die Schwankungen von Geldmengen sind die Folgen ökonomischer Konjunkturschwankungen, nicht deren Ursachen, wie die Monetaristen behaupten. Die breite Bevölkerung kann nicht wissen, dass eine direkte Steuerung von Geldmengen nicht möglich ist und die Notenbank Krise oder Boom verursachen muss, um die Geldmengen entsprechend sinken oder steigen zu lassen. Die Verursachung von Krisen durch die Notenbank würden die Bürger empört ablehnen, also wurde von den Monetaristen behauptet, dass die Notenbank doch nur die Geldmenge steuern sollte.

In den 70er Jahren wurden die neoliberalen Anhänger des Monetarismus an Universitäten und in der Politik, in den Notenbanken wie in den Massenmedien in Stellung gebracht und 50 Jahre nach dem Beginn der Weltwirtschaftskrise war es dann wieder so weit, dass die Geldpolitik Krise und Massenarbeitslosigkeit unter dem Vorwand der Geldmengensteuerung zur Inflationsbekämpfung erzeugen konnte.

(1) http://en.wikipedia.org/wiki/Milton_Friedman
(2) http://books.google.com/books?id=DZ9OTS6LbEcC&printsec=frontcover&hl=de&source=gbs_ge_summary_r&cad=0#v=onepage&q&f=false

Die Theorie realer Konjunkturzyklen zur Volcker Rezession

Auf dem Höhepunkt der von dem damaligen FED-Chef Paul Volcker(1) mit brutaler Hochzinspolitik (20% für FED-Geld) inszenierten Weltrezession wurde 1982 im *Journal of Monetary Economics* die Real-Business-Cycle-Theorie(2) (RBC-Theorie) dem Publikum vorgestellt.

Deren Urheber Edward C. Prescott(3) und Finn E. Kydland(4) behaupteten, dass Rezessionen und Konjunkturzyklen keine monetären, sondern reale Ursachen hätten. Neue Technologien würden schubweise und schockartig auftreten und einen Anpassungsprozess der Wirtschaft erzwingen. Im Jahr 2004 haben die beiden Figuren für ihren Schwindel den sogenannten Wirtschaftsnobelpreis erhalten.

Über die Geldpolitik behaupteten die beiden Professoren angesichts der verheerenden Rezession, dass Konjunkturverläufe umso stabiler wären, je glaubwürdiger Notenbank und Politik ihren Kurs durchhalten würden.

Die These, dass Massenarbeitslosigkeit und Krisen technologisch bedingt wären, wurde schon von Ricardo anlässlich der seinerzeit auf seinen Rat mit restriktiver Geldpolitik angerichteten Verheerungen vorgetragen. Er hatte früher in seinen Schriften derartigen Unsinn noch selber abgelehnt, aber gegen Ende der Deflationspolitik im Jahr 1821 kam ihm die Theorie einer von Rationalisierung und technischem Fortschritt verursachten Massenarbeitslosigkeit sehr gelegen. Ein Jahrhundert später widersprach Knut Wicksell Ricardos Argumenten. Man lese dazu:

Thomas M. Humphrey: Ricardo versus Wicksell on Job Losses and Technological Change(5)

> Reversing his original position that innovation benefits all, Ricardo in 1821 constructed his model to demonstrate that workers have much to fear from technical change.
>
> "All I wish to prove," he said, "is, that the discovery and use of machinery may be attended with a diminution of gross produce: and whenever that is the case, it will be injurious to the labouring class, as some of their number will be thrown out of employment, and population will become redundant, compared with the funds which are to employ it". (S. 6)

Das absurde Argument Ricardos war also, dass der Kauf von Maschinen den angeblichen

Lohnfond für die Beschäftigung von Arbeitern verringern und damit sogar die Gesamtproduktion der Ökonomie senken würde.

> Almost one hundred years later, Knut Wicksell deployed essentially the same model, albeit with a different assumed coefficient of elasticity of labor supply and a different theory of labor demand, to argue that Ricardo's predictions were flawed and that jobs and real output need not be lost to technological progress. (S. 6)

(1) http://en.wikipedia.org/wiki/Paul_Volcker
(2) http://de.wikipedia.org/wiki/Real-Business-Cycle-Theorie
(3) http://de.wikipedia.org/wiki/Edward_C._Prescott
(4) http://de.wikipedia.org/wiki/Finn_E._Kydland
(5) http://www.richmondfed.org/publications/research/economic_quarterly/2004/fall/pdf/humphrey.pdf

Die Neue [Bastard-]Keynesianische Makroökonomie (NKM)

Die NKM(1) gehört zu den sogenannten „neuen makroökonomischen Modellen" auf mikroökonomischer(!) Grundlage. Das überhaupt als „Keynesianische Makroökonomie" zu bezeichnen, ist schon eine Frechheit! Der angebliche „Keynes" an diesem Modell besteht in einer Rigidität der Löhne und Preise, die sich nur verzögert an die Marktsituation anpassen, was zwar von Keynes irgendwo in seiner Allgemeinen Theorie diskutiert wurde, aber eben nicht als die Ursache der Krisen, was die VWL-Professoren sicher auch gelesen haben müssen.

Die makroökonomischen Gesetze sollen in der NKM aus den mikroökonomischen Nutzenkalkülen der Haushalte und Unternehmen hergeleitet werden. Es handelt sich also eben nicht um makroökonomische Zusammenhänge, die da betrachtet werden, sondern um falsche Schlüsse aus mikroökonomischen Vorstellungen auf die Makroebene. Zur Täuschung des Publikums wird das dann auch noch nach Keynes benannt, für den dieser Ansatz eine einzige gigantische Dummheit gewesen wäre.

Im Zusammenhang mit der NKM wird der alte Schwindel von Hicks und Samuelson als „Alte Keynesianische Makroökonomie" (OKM) bezeichnet.

Es handelt sich bei der NKM um ein sogenanntes DSGE-Modell(2) (dynamic stochastic general equilibrium): Es werden Gleichgewichtskurven über eine Y-Achse gemalt, die sich an der Wand oder Tafel im „allgemeinen Gleichgewicht" schneiden. Diese Kurven enthalten

Planungen und Erwartungen der Haushalte und Unternehmen zur Nutzenmaximierung für die Zukunft und benötigen das halbe griechische Alphabet für ihre mathematischen Formeln. Die Studenten werden mit möglichst komplizierter Mathematik zur Kurvenberechnung statt mit den makroökonomischen Zusammenhängen beschäftigt.

Die Preise sollen „sticky" sein, also sich nicht einfach ändern lassen, und die Löhne bleiben unter der Grenzproduktivität, weil die monopolistischen Firmen sich Extraprofite verschaffen können. Sonst das übliche Hicks-Samuelson-IS-LM-Zeug in einem vervielfachten Formelwust.

Es gibt zusätzlich „sticky-information" und alle Beteiligten gehen von eher falschen Informationen und nur verzögert angepassten Erwartungen für die Zukunft aus, was zwar richtig ist, aber von den wirklichen Problemen der Makroökonomie und der grundsätzlichen Unbrauchbarkeit des IS-LM-Modells ablenken soll. Die Große Depression entstand eben nicht wegen rigider Preise und Löhne oder wegen falscher Informationen und Erwartungen, sondern weil die Geldpolitik sie ganz gezielt geplant und betrieben hatte und weil korrupte VWL-Professoren eine krisenverschärfende Deflationspolitik propagiert haben.

(1) http://www.macroeconomics.tu-berlin.de/fileadmin/fg124/geldtheorie/vorlesung/12-NKM.pdf
(2) http://en.wikipedia.org/wiki/Dynamic_stochastic_general_equilibrium

Die Modern Monetary Theory (MMT)

Das "moderne" dieser monetären Theorie besteht darin, dass die Professoren endlich lehren dürfen, dass durch die Kreditvergabe der Banken tatsächlich eine Geldschöpfung erfolgt und damit die Güternachfrage steigt oder eben bei restriktiver Kreditpolitik sinkt. Dass daher das Bankensystem die Krisen inszeniert, dürfen die Vertreter der MMT aber nicht vertreten. Sie erklären die Krisen statt mit der Absicht der Finanzoligarchen mit der seit Keynes strapazierten Unsicherheit, also mit Hyman Minsky, der dann entsprechend als großer Denker angepriesen werden muss. Ich hätte über das Thema MMT ja lieber höflich geschwiegen, aber dann glaubt noch jemand, es gäbe einen Lichtblick in der VWL, weil Professoren nicht mehr behaupten, dass Geld völlig neutral sei und von den Banken nur zuvor Erspartes verliehen würde.

Die führenden Vertreter der MMT dürfen bei Soros auftreten, wie etwa Steve Keen(1) mit seinem Papier auf der Berliner Konferenz von INET. Auf dieser Konferenz wurden dem Publikum von Joschka Fischer bis Norbert Walter alle Zumutungen geboten und einige Beobachter haben vorgeschlagen, das "N" für "New" aus dem Namen des Instituts von Soros zu streichen. Das Papier von Steve Keen, nach dem die Banken durch ihre Kreditschöpfung die Krise ausgelöst hätten und der einen Ausweg aus den Krisen allen Ernstes durch Schuldenerlasse nach dem Vorbild der jüdischen Jubeljahre diskutiert, habe ich auf meinem Blog hier(2) kurz verrissen. Das ferne Licht ist nicht das Ende des Tunnels, sondern nur der Soros mit seinen Leuten.

Die Debatten sind weitgehend Schattengefechte, wie etwa, wenn Steve Keen dem Bernanke(3) vorwirft, die Weltwirtschaftskrise nicht richtig analysiert zu haben, weil er nur Irving Fisher nacherzählt und eben den großen Hyman Minsky mit seiner Hypothese der grundsätzlichen Finanzinstabilität unterschlagen habe.

(1) http://ineteconomics.org/people/steve-keen
(2) http://www.keynesianer.blogspot.de/2012/04/zur-kommenden-inet-veranstaltung-in.html
(3) http://www.debtdeflation.com/blogs/2009/01/11/bernanke-an-expert-on-the-great-depression/

Die Wachstumstheorien

Vermutlich hat es noch kein Student gewagt, seinen Professor zu fragen, was der eigentlich ständig mit dem blöden Gleichgewicht will: Dafür kann man sich nichts kaufen und wenn alle verhungert sind, befindet sich die Ökonomie für immer im Gleichgewicht. Trotzdem kam den Ökonomen einmal eine gute Idee, sich mit dem Problem des Wachstums zu beschäftigen, wie es also möglich ist, den allgemeinen Wohlstand durch Wirtschaftswachstum zu steigern.

Die Idee war gut, die Umsetzung aber den üblichen Methoden der Ökonomen entsprechend. Das Harrod-Domar-Modell(1) von 1939/46 sah im Wachstum eine Funktion des Kapitalstocks. Es soll also wieder möglichst viel gespart werden, weil dadurch der Kapitalstock wachse. Die Studenten kann man dann damit plagen, das Gleichgewicht von I und S und geeignete Nachfragefunktionen für ein Gleichgewicht zu berechnen, außerdem lässt sich das alles noch mit dem Bevölkerungswachstum verkomplizieren, aber den ganzen

mathematischen Quatsch wollen wir uns schenken. Das Modell gilt als "postkeynesianisch", was selbst bei Wiki Verwunderung auslöste, weil es die Wachstumsschwäche mit höheren Ersparnissen, also vor allem mit höheren Profiten zu überwinden empfiehlt - der übliche Schwindel also:

> So betrachtet ist das "keynesianische" Modell nicht gewerkschaftsfreundlich.

Vor allem konnte das Modell nicht erklären, warum das Kapital nicht aus den hoch entwickelten Länder in die unterentwickelten Länder floss, wenn nur der Kapitalmangel das Wachstum bremse und Kapital bei Kapitalmangel höher verzinst werde. Das Lucas-Paradox(2) sollte dies erklären ohne den angeblichen Kapitalmangel zu hinterfragen.

Im Jahr 1956 wurde mit dem Solow-Modell(3) erstmals der Faktor "technischer Fortschritt" eingeführt:

> $Y = A \times f(L,K)$ mit A = technischer Fortschritt, L = Labour und K = Kapital

Eigentlich wäre die Sache ganz einfach gewesen, dass es halt auf den Faktor A ankommt und uns weder die Änderungen von L noch von K zu interessieren bräuchten. Die VWL hat aber den guten Ansatz gleich zunichte gemacht und wieder Gleichgewichte aus Variationen von L und K berechnet. Ein unbrauchbarer Formelwust, in dem das einzig entscheidende Kriterium unterging, nämlich wie erzielen wir einen möglichst positiven Fortschritt in unserer Ökonomie. Dieser Faktor A ist eben nicht nur rein technisch zu betrachten, es geht nicht nur um Erfindungen wie die Dampfmaschine oder den Computer, viel wichtiger sind die gesellschaftlichen Verhältnisse, von denen die Menschen trotz Dampfmaschinen und Computer in Armut und Elend gehalten werden, wie ein kurzer Blick auf den Globus beweist. Mit dem Aufkommen der Öko-Bewegung wuchs die Kritik am Solow-Modell, Optimismus hinsichtlich der Technik und der Verbesserungen des Lebensstandards waren in den herrschenden Kreisen nicht mehr gefragt.

Mit dem Romer-Modell(4) im Jahr 1990 wurde der Versuch gemacht, den technischen Fortschritt wieder in den Griff zu kriegen, also diesen gefährlichen Faktor wieder im Sinne von Konsumverzicht und Sparen auszudeuten. Jetzt wird halt nicht mehr zur Vergrößerung des Kapitalstocks gespart und konsumverzichtet, sondern zur Steigerung des Humankapitals und zur Investition in die Forschung. Hauptsache es muss wieder gespart und durch Konsumverzicht investiert werden, jetzt sollen die Leute sich halt den technischen Fortschritt vom Mund absparen und grenzenlos in ihr Humankapital investieren. Weil die Investitionen in Forschung und Humankapital von den Firmen getätigt

werden, kommt es wieder auf möglichst hohe Profite und niedrige Löhne zur Förderung des Wachstums an:

Wirtschaftliches Wachstum entsteht im Romer-Modell wie folgt:

> 1) Konsumverzicht führt über Kapitalakkumulation zu einem Zuwachs an Produktivität und damit zu Wachstum.
>
> 2) Bei Konsumverzicht (d.h. bei einer niedrigen Zeitpräferenzrate der Haushalte) kann ein Teil des Humankapitals im Forschungs- statt im Konsumgüterbereich eingesetzt werden. ...
>
> Wiki: Romer-Modell(4)

In der sogenannten endogenen Wachstumstheorie(5) wurde dann die Produktionsfunktion noch vereinfacht mit dem AK-Modell(6):

> $Y = A \times K$ mit A als Konstante für die Technologie und K für das Kapital einschließlich des Humankapitals

Der schon erwähnte Robert Lucas(7), ein Neoliberaler der Universität von Chicago, hat dann mit seinem Uzawa-Lucas-Modell(8) wieder die gewohnte Produktionsfunktion benutzt:

> $Y = f(K,H)$ mit K = Sachkapital und H = Humankapital

Da konnte man endlich gleich in beide Produktionsfaktoren durch Sparen und Konsumverzicht durch hohe Profite bei niedrigen Löhnen investieren und der bisher undefinierbare Faktor A für technischen Fortschritt und Effizienz war wieder eingesackt. Denn die hohen Profite für die Reichen, die damit fehlende Massenkaufkraft der Bevölkerung und das damit verstärkte Sparen sind wichtig:

Das Sparen ist die Ursache aller Wirtschaftskrisen!

(1) http://de.wikipedia.org/wiki/Harrod-Domar-Modell
(2) http://en.wikipedia.org/wiki/Lucas_paradox
(3) http://de.wikipedia.org/wiki/Solow-Modell
(4) http://de.wikipedia.org/wiki/Romer-Modell
(5) http://en.wikipedia.org/wiki/Endogenous_growth_theory
(6) http://en.wikipedia.org/wiki/AK_model
(7) http://en.wikipedia.org/wiki/Robert_Lucas,_Jr.

(8) http://de.wikipedia.org/wiki/Uzawa-Lucas-Modell

Die VWL-Kritik an den Hochschulen

Inzwischen haben sich einige kritische Gruppen unter den Studenten der VWL gebildet, die mit der herrschenden Lehre nicht einverstanden sind. Wer sich näher dafür interessiert findet unter dem folgenden Link einen guten Überblick der verschiedenen Hochschulgruppen:

Das Netzwerk Plurale Ökonomik(1)

Der Offene Brief(2) (Göttingen, den 11. September 2012) an den Verein für Socialpolitik enthält einige gute Ansätze, zum Beispiel endlich die Wirtschaftsgeschichte zu studieren, aber auch die üblichen Verwirrspiele und spezielle Probleme:

> Der Schwerpunkt der derzeitigen Lehre und Forschung liegt auf Varianten neoklassischer Grundmodelle. Für Forschung und Lehre jenseits dieser Spielarten ist an deutschen Hochschulen zu wenig Platz. Diese „geistige Monokultur" schränkt die ökonomische Analyse ein und macht sie fehleranfällig. Wir fordern ein kritisches Miteinander unterschiedlicher Theorien. ... Vielversprechende, aber derzeit weitestgehend vernachlässigte Ansätze sind beispielsweise: Alte Institutionenökonomik, Evolutorische Ökonomik, Feministische Ökonomik, Glücksforschung, Marxistische Ökonomik, Ökologische Ökonomik, Postkeynesianismus und Postwachstumsökonomik.

Ein kritisches Miteinander mit dem Schwindel der Neoklassik? Na ja, vielleicht für "Glücksforscher" und "Postwachstumsökonomen". Es ist selbstverständlich nicht zu vermeiden, dass bei der Gelegenheit alle möglichen Leute mit ihrem Steckenpferd angerannt kommen und denken, jetzt habe die Stunde ihres großen Auftritts geschlagen. Das geht von feministischer und ökologischer Ökonomie über diverse Bastardkeynesianer bis zur marxistischen Krisentheorie im Dienst der Finanzoligarchen. Bei den Marxisten ist Geldpolitik ein verbotenes Thema und Krisen sollen immer wieder davon kommen, dass die Kapitalisten plötzlich nicht genug "lebendige Arbeit" zur Ausbeutung fänden. Das wird absichtlich so umständlich nach der Arbeitswerttheorie von Marx hergeleitet, dass jeder, der es ausdiskutieren und kritisieren wollte, den Rest seines Lebens daran geben müsste

und die Geldpolitik währenddessen ganz ungestört schon mit der überübernächsten Finanzkrise fertig ist.

> Die Mathematisierung der Ökonomik hat dazu geführt, dass die Lehre zur angewandten Mathematik verkommen ist. Die Mathematik darf für ÖkonomInnen nur ein Mittel und niemals ein Selbstzweck sein. ... Die Lehrmethoden müssen beispielsweise durch plurale Lehrbücher, Kleingruppenarbeit, Projektseminare, inter- und transdisziplinäre Veranstaltungen, Fallstudien sowie das Studium von Primärtexten erweitert werden.

Richtig, ohne die komplizierten Formeln würden die Studenten den neoklassischen Schwindel auf der Stelle durchschauen und den Professor auslachen. Die hier vorgeschlagenen alternativen Methoden könnten die Studenten allerdings genau so wirksam wie die Mathematisierung verwirren.

> Zu oft werden die grundlegenden Annahmen der Volkswirtschaftslehre weder explizit dargelegt noch hinterfragt. Dabei sind diese Annahmen oft nicht nur deskriptiver, sondern auch normativer Natur. Letztendlich wohnen jeder volkswirtschaftlichen Analyse gewisse Werturteile inne. Ihre Reflexion ist ein notwendiger Teil wissenschaftlichen Arbeitens. Besonders die Mathematisierung der Ökonomik führt zu einer Verschleierung der Werturteile und so zu einer vermeintlichen Rationalisierung politischer Programme. ...

Annahmen normativer Natur? Verschleierung der Werturteile? Nein, da werden nicht Werturteile verschleiert und schon gar nicht wird da rationalisiert. Die Neoklassik vernachlässigt nicht die Ethik, sondern die Logik! Die Studenten haben noch nicht realisiert, dass sie mit der zirkulären Herleitung makroökonomischer Dogmen aus den Annahmen der Modelle mittels ausgefeiltester Mathematik ganz einfach zum Narren gehalten werden. Die Studenten meinen immer noch, sie hätten volkswirtschaftliche Zusammenhänge analysiert und dabei normative und moralische Fragen ausgeklammert. Dabei hat man ihnen einfach nur einen üblen Schwindel vorgesetzt und sie haben es nicht einmal durchschaut. Das Normative und die Werturteile kämen erst nach dem Verständnis der wirklichen ökonomischen Zusammenhänge. Wirtschaftsethik gibt es an der Uni seit mindestens dreißig Jahren und außer billigem Gewäsch hat es nichts gebracht. Da sollten wir es endlich mit Logik versuchen und die Ethik den Theologen überlassen, denn ethische Ansprüche zu erfüllen, behaupten die Neoliberalen gerade so, sie sind ja für die unbeschränkte Freiheit des Kapitals.

> Des Weiteren müssen Studierende der VWL stärker für die historischen und kulturellen Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns sensibilisiert werden. Nur wer sich der Komplexität der Realität bewusst ist, kann wissenschaftliche Modelle richtig anwenden. Nur so besteht keine Gefahr, Modelle mit der Realität zu verwechseln. Hierfür müssen alle ÖkonomInnen die Geschichte ihres Faches und die wissenschaftstheoretischen Grundlagen kennen. Lehrveranstaltungen über die Geschichte des ökonomischen Denkens und Wissenschaftstheorie müssen daher Teil des Curriculums sein.

Die gesellschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns sind wirklich der wichtigste Ansatz zur Überwindung von Armut und Ineffizienz. Nicht Kapitalmangel oder ungenügendes Humankapital beschränken die Produktivität, sondern gesellschaftliche Verhältnisse wie Korruption und systematisches Gegeneinander, also gegenseitiges Blockieren und Schädigen bis zur offenen Kriminalität. Der von der VWL gelehrte Unsinn und der Sachverständigenrat Wirtschaft mit seinen endlosen Forderungen nach Lohnsenkung und Sozialabbau und seinem Eintreten für den Riester- und Rürup-Rentenraub im Interesse privater Finanzer zeigen, wie weit die Korruption von Politik und Gesellschaft unter dem Einfluss des Neoliberalismus auch in unserem Land schon gediehen ist.

(1) http://www.plurale-oekonomik.de/?page_id=22
(2) http://wordpress.p169788.webspaceconfig.de/?page_id=4

Zum Abschluss ein Zitat von David Hume:

> Es muss in der Tat zugegeben werden, dass die Natur der Menschheit gegenüber so freigebig ist, dass dann, wenn alle ihre Gaben gleichmäßig verteilt und durch Geschicklichkeit und Fleiß vervollkommnet würden, jeder einzelne alle Notwendigkeiten und sogar die meisten Annehmlichkeiten des Lebens genießen könnte; auch würde der Mensch niemals anderen Leiden unterworfen sein als denjenigen, die sich gelegentlich aus der kränklichen Anlage und der Konstitution seines Körpers ergeben. Ebenso muss zugestanden werden, dass immer dort, wo von dieser Gleichheit abgegangen wird, wir den Armen mehr an Bedürfnisbefriedigung rauben, als wir den Reichen hinzufügen, und dass der törichte Genuss einer frivolen Eitelkeit eines einzigen Individuums häufig mehr kostet als das Brot vieler Familien, ja ganzer Landstriche.